

Die Wahrheit verteidigen

Schwerpunkt: Weshalb Desinformation gefährlich ist, und wie sie bekämpft werden kann

Meinung: Südsudan darf nicht wieder im Bürgerkrieg versinken **Meinung:** Das Aufflammen des Kaschmir-Konflikts nützt autokratischen Kräften

Aus aller Welt: Wie bessere Aufklärung zu nicht-übertragbaren Krankheiten gelingen kann

Fake news trap...



Meinung — 5

- 5 In Südsudan müssen die Konfliktparteien aufeinander zugehen, um einen erneuten Bürgerkrieg zu verhindern**
Parach Mach
- 7 Autokratische Kräfte in Indien und Pakistan profitieren vom erneuten Aufflammen des Kaschmir-Konflikts**
Muhammad Nawfal Saleemi
- 9 Wissenschaftliche Forschung klar zu kommunizieren, ist wichtiger denn je – eine Flut von Akronymen hilft dabei aber nicht**
Katharina Wilhelm Otieno

„Ohne dauerhaften Frieden wird die leidgeprüfte Bevölkerung in Südsudan den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nicht voranbringen können.“

Parach Mach, S. 5



Foto: dpa / ZUMAPRESS.com / Faisal Bashir

Aus aller Welt — 11

- 11 Wie bessere Aufklärung zu nicht-übertragbaren Krankheiten gelingen kann**
Chinedu Moghalu
- 14 Einkommensschwachen Gruppen den Zugang zu Märkten erleichtern**
Arndt R. Brodkorb
- 17 Die Soziologin Brooke Harrington schildert in ihrem Buch, wie Steueroasen Superreichen ermöglichen, ihre wirtschaftliche Macht geheim zu halten**
Hans Dembowski
- 20 Heutzutage: Initiativen in Mexiko arbeiten mit Jugendlichen gegen Korruption**
Pamela Cruz



Der Ansatz der Marktsystementwicklung hilft, marginalisierte Marktteilnehmer*innen zu fördern, S. 14.

22 — Schwerpunkt — Die Wahrheit verteidigen

- 23 Bereits junge Menschen müssen befähigt werden, Lügen zu erkennen und mit Falschinformation umzugehen**

Katharina Wilhelm Otieno

- 24 Desinformation ist in Afrika weit verbreitet, insbesondere zu Gesundheits- und politischen Themen**

Alphonse Shiundu

- 27 Hacker haben die digitale Beeinflussung von Wahlen zum Geschäftsmodell gemacht**

Sonja Peteranderl

- 30 Die Historikerin Anne Applebaum erklärt in ihrem Buch, wie sich Autokraten mittels Propaganda gegenseitig an der Macht halten**

Dagmar Wolf

- 33 „Datenkompetenz bedeutet, Menschen zu informierten, aktiven Bürger*innen zu machen“**

Interview mit Irene Mwendwa

- 36 In Süd- und Südostasien nutzen Regierungen Gesetze zur vorgeblichen Bekämpfung von Fake News dazu, kritische Stimmen zu unterdrücken**

Sangeeta Mahapatra, Janjira Sombatpoonsiri und Andreas Ufen

- 39 In Indien nimmt politisch motivierte Hassrede gegen Minderheiten bei Wahlkampfveranstaltungen zu**

Suparna Banerjee

- 42 In Finnland werden Kinder schon im Kindergartenalter auf Desinformation vorbereitet, die ihnen im Internet begegnet wird**

Interview mit Kari Kivinen

- 46 Wie es Taiwan gelungen ist, sich gegen Desinformation zu wehren und Vertrauen in Institutionen aufzubauen**

Interview mit Audrey Tang

Foto: Khalid Albaih



Titelbild: „Fake news trap“ des sudanesischen Künstlers Khalid Albaih (siehe S. 4).

Menschen aus allen Altersgruppen und Gesellschaften müssen wieder in die Lage versetzt werden zu verstehen, mit welchen Informationen sie es zu tun haben. Autokratische Regime auf der ganzen Welt verdanken ihren Aufschwung auch dem bewussten Einsatz aller Arten von Fehlinformation. Sie haben ein Interesse daran, dass Wahrheiten verdreht oder nicht erkannt werden. Im Kampf für die Wahrheit kommt es auf zivilgesellschaftlichen Einsatz, Medienbildung im Kindesalter, gründliche Medienarbeit und starke demokratische Institutionen an.



Die eigene Sichtweise infrage stellen

Das Titelbild dieser Ausgabe, „Fake News Trap“, stammt aus der Feder von Khalid Albaih, politischer Cartoonist, Bürgerrechtler und freier Journalist aus Sudan. Aufmerksame Leser*innen kennen ihn bereits: Im Schwerpunkt unserer April-Ausgabe zu Politischer Satire haben wir einige seiner Cartoons und auch ein Interview mit ihm veröffentlicht. Darin beschreibt er seine Zeichnungen als eine Art Tagebuch, die seine direkte Reaktion auf ein Ereignis festhalten. „Gleichzeitig dienen meine Karikaturen auch als Spiegel für diejenigen, die meine Perspektive oder Erfahrung teilen“, sagte er. „Es geht darum, auf einfache Art unsere eigene Sichtweise infrage zu stellen.“ Khalid Albaihs Familie verließ Sudan aus politischen Gründen; er lebt derzeit in Norwegen.

Die gute Nachricht

Das **Ozonloch**, das jedes Jahr im Frühjahr über der Antarktis und teilweise über Australien auftritt, wird seit etwa zehn Jahren kontinuierlich kleiner. Diese Entwicklung steht offenbar im Zusammenhang mit dem Montrealer Protokoll, das 1989 in Kraft trat und Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) verbot, die die Ozonschicht zerstören. Ozon kommt natürlicherweise in der Stratosphäre der Erde vor und dient als eine Art Sonnenschutz, der den Planeten vor den schädlichen UV-Strahlen der Sonne schützt. Das Ozonloch **könnte bis 2035 sogar vollständig verschwinden.**

Hier geht es zur Studie, die all das nachgewiesen hat.

36 Billionen

Dollar schulden reiche Länder afrikanischen Ländern für Klimaschäden laut Berechnungen der Advocacy-Gruppe ActionAid. Der Report berücksichtigt dabei **historische Emissionen, ihre schädlichen Auswirkungen auf das Klima und das Ausmaß, in dem reiche Länder wirtschaftlich profitiert haben.** ActionAid vergleicht diese Zahl auch mit einer anderen: den 646 Milliarden Dollar, die die Länder des Kontinents den reichen Nationen und globalen Institutionen schulden.

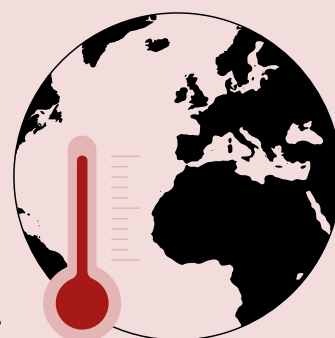
Was uns außerdem interessiert hat

Zwei der führenden Denker Europas im Bereich Entwicklungspolitik **versuchen im Global Policy Journal, einen Sinn in der Vision der Trump-Regierung für die Entwicklungszusammenarbeit zu finden.** Stephan Klingebiel, Forschungsprogrammdirektor bei IDOS, und Andy Sumner, EADI-Präsident, glauben, fünf Leitprinzipien identifiziert zu haben.

Für E+Z schrieb Stephan Klingebiel bereits im Februar zu diesem Thema.

Hier sind **zwei Geschichten** aus dem Guardian, die Mut machen, weil sie **zeigen, dass die Menschen angesichts der Klimakrise nicht einfach aufgeben.**

Wir finden die Solar Mamas aus Sansibar und die Menschen, die jeden Tag daran arbeiten, einen grünen „Klimaschutzwall“ um Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou zu errichten, sehr inspirierend.



SÜDSUDAN

Erneute Konflikte gefährden den Friedensprozess in Südsudan

Was als Scharmützel zwischen einer bewaffneten Gruppe und dem südsudanesischen Militär begann, könnte Südsudan erneut in einen Bürgerkrieg stürzen. Die politischen Führer müssen jetzt den Dialog suchen.

VON PARACH MACH

Foto: dpa / Associated Press



Satellitenbild von Planet Labs vom 25. März, aufgenommen im Bezirk Nasir im Bundesstaat Upper Nile, Südsudan. Es zeigt, wo Luftangriffe der Regierungstruppen zivile Infrastruktur zerstört haben.

Anfang März überrannten Mitglieder der White Army eine Militärbasis der südsudanesischen Armee in der Stadt Nasir im Bundesstaat Upper Nile. Nach Angaben der Regierung töteten sie dabei mehr als 400 Menschen. Die White Army ist eine Stammesmiliz der Nuer, der zweitgrößten ethnischen Gruppe in Südsudan.

Der Überfall bedeutete eine Eskalation des schwelenden Konflikts zwischen dem Sudan People's Liberation Movement (SPLM) von Präsident Salva Kiir und dem Sudan People's Liberation Movement in Opposition (SPLM-IO) von Riek Machar, einem Nuer, dem die White Army nahesteht. Kiir gehört zur größten Ethnie in Südsudan, den Dinka, und die beiden Gruppen stehen seit der Gründung des Landes in Konflikt miteinander. Nach einem blutigen Bürgerkrieg, an dessen Ende 2018 ein Friedensabkommen stand, waren die rivalisierenden Parteien eine Regierungskoalition eingegangen – mit Kiir als Präsident und Machar als seinem Stellvertreter. Der Friedensprozess wurde allerdings immer wieder von politischen Unruhen überschattet.

Nach dem Angriff der White Army nahmen die Spannungen auch in der Hauptstadt Juba zu. Ende März ließ Präsident Kiir mehrere führende Politiker*innen der SPLM-IO verhaften, darunter Machar. Die SPLM-IO erklärte das Friedensabkommen daraufhin für gescheitert. Der Vizepräsident und seine Familie stehen seitdem unter Hausarrest.

Seither kam es an verschiedenen Orten zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen SPLM-IO-Kräften und der südsudanesischen Armee, etwa in der Region Central Equatoria, in der Juba liegt. Im Bundesstaat Upper Nile halten die White Army und Regierungstruppen derzeit ihre Kampfpositionen. Die Regierung erhält militärische Unterstützung vom Nachbarland Uganda.

DIE ZIVILBEVÖLKERUNG LEIDET

Mit der erneuten Eskalation des Konflikts wächst das Leid der Zivilbevölkerung. Mehrere Zivilist*innen wurden etwa durch Luftangriffe getötet oder verletzt. Anfang Mai starben laut den Vereinten Nationen mindestens sieben Zivilist*innen bei einem Luftangriff auf ein Krankenhaus von Médecins Sans Frontières im Bundesstaat Jonglei.

Die Kämpfe haben mehr als 130.000 Menschen vertrieben und vereiteln den Wiederaufbau, den das Land nach dem jahrelangen Bürgerkrieg weiterhin dringend nötig hat. Viele der im Bürgerkrieg Vertriebenen waren nach Abschluss des Friedensabkommens in ihre Heimat zurückgekehrt und sehen sich nun erneut mit Gewalt konfrontiert. Manche fliehen ins Nachbarland Sudan, wo ebenfalls ein bewaffneter Konflikt tobt und sich eine der größten Hungerkrisen weltweit entwickelt hat. Laut UN beherbergt

„Ohne dauerhaften Frieden wird die Bevölkerung in Südsudan den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht voranbringen können.“

Südsudan mehr als 500.000 Geflüchtete und Asylsuchende, von denen die meisten aus Sudan stammen.

Die wirtschaftliche Situation in Südsudan ist desaströs. Laut UN-Welternährungsprogramm leiden 7,7 Millionen Menschen Hunger. Der für die Staatskasse sehr wichtige Export von Rohöl über die Pipeline-Infrastruktur Sudans war aufgrund des dortigen Konflikts für mehrere Monate zum Erliegen gekommen. Beamt*innen mussten ein Jahr lang auf ihre Gehälter warten. Die Verwaltung des Landes ist nach wie vor schwach ausgeprägt, ebenso wie die Infrastruktur.

Auch der Klimawandel setzt dem Land schwer zu und trägt neben der politischen Krise zur Zerstörung der Lebensgrundlagen bei. Steigende Temperaturen und veränderte Niederschlagsmuster haben zu Überschwemmungen und Dürren geführt. Das hat die Bevölkerung hart getroffen; sie ist in hohem Maße von Landwirtschaft und Viehzucht abhängig.

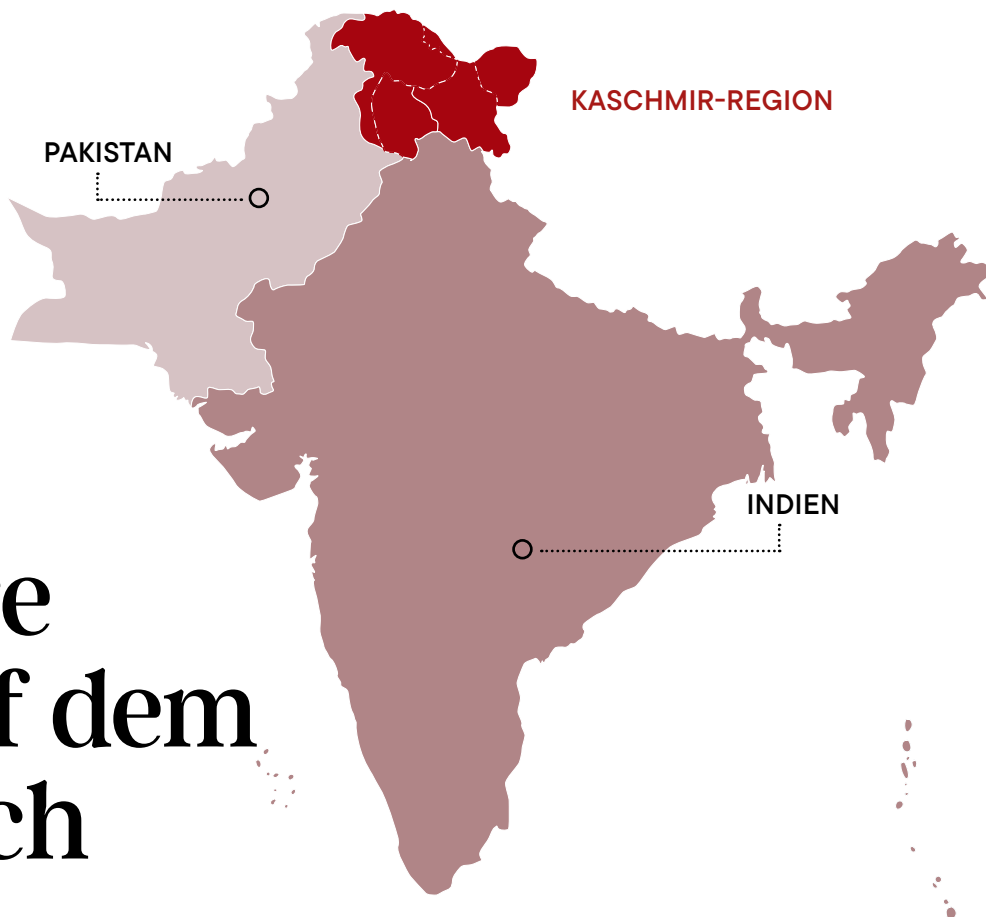
Schon vor den jüngsten Kämpfen war die Sicherung des Friedens in Südsudan eine extrem schwierige Aufgabe. Das liegt auch daran, dass in dem Land mehr als 60 ethnische Gruppen mit verschiedenen Sprachen und Kulturen leben. Jetzt geht es darum, das Friedensabkommen wiederzubeleben und einen Rückfall Südsudans in den Bürgerkrieg abzuwenden. Dazu müssen die politischen Führer dringend den Dialog suchen. Ohne dauerhaften Frieden wird die leidgeprüfte Bevölkerung in Südsudan den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nicht voranbringen können.



PARACH MACH

ist Journalist und lebt in Juba, Südsudan.

parachmach@gmail.com



KASCHMIR-KONFLIKT

Autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch

Der Konflikt zwischen den Atommächten Pakistan und Indien ist erneut aufgeflammt. Die autoritären Regime beider Seiten schüren Hass. Vor allem die Zivilbevölkerung leidet darunter.

VON MUHAMMAD NAWFAL SALEEMI

Als sich das Britische Empire 1947 aus Südasien zurückzog, entstanden zwei Nachfolgestaaten – Indien und Pakistan. Beide strebten danach, Fürstentümer, die nicht eindeutig zu einem der beiden Staaten gehörten, in ihre jeweiligen Territorien einzugliedern. Die Region Kaschmir war besonders begehrt. Sowohl Indien als auch Pakistan besetzten Teile davon und führten wiederholt Krieg um dieses Gebiet.

Am 22. April brachte ein brutaler Militärangriff auf Zivilist*innen in Pahalgam im von Indien kontrollierten Teil von Kaschmir die Welt fast an den Rand einer nuklearen Katastrophe. Indien machte Pakistan für den Angriff verantwortlich und schwor Rache. Pakistan bestritt jede Beteiligung und drohte mit Vergeltung, sollte Indien versuchen, seine Souveränität zu verletzen. Die Konfrontation begann mit indischen Raketenangriffen auf mehrere Orte in der umstrittenen Kaschmir-Region und andere pakistanische Gebiete. Pakistan reagierte

kurz darauf mit Vergeltungsschlägen. Die Eskalation gefährdete potenziell ganz Südasien, in dem mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt.

KRIEGSTREIBEREI AUF SOCIAL MEDIA

Verstärkt wurde der Chauvinismus beider Regime durch die Kriegshysterie in den sozialen Medien. Dort machte sich der kollektive Wahnsinn gegenseitiger Vernichtungsfantasien breit. Als die Gefechte eskalierten, setzten beide Militärs ihre neuesten importierten Waffen ein. Chinesische Kampfflugzeuge und türkische Drohnen, betrieben von Pakistan, standen französischen Rafale-Kampfflugzeugen und israelischen Drohnen auf indischer Seite gegenüber. Den Weltmächten blieb nichts anderes übrig, als einzugreifen. Am 10. Mai gab Präsident Donald Trump einen von den USA ausgehandelten Waffenstillstand bekannt.

Seit Inkrafttreten des Waffenstillstands ist die Kriegshysterie auf beiden Seiten Siegesfeiern gewichen. Die einzigen



Foto: dpa / ZUMAPRESS.com / Faisal Bashir

Indische paramilitärische Truppen riegeln ein Gebiet im von Indien verwalteten Teil von Jammu und Kaschmir ab, nachdem am 8. Mai ein unbekanntes Flugzeug in der Nähe der Stadt Srinagar abgestürzt ist.

Gewinner des Konflikts sind jedoch die regierenden Regime beider Länder und die Rüstungshersteller, deren neueste Technologien nun in der Praxis erprobt wurden. Für die hinduistische Mehrheitsregierung in Indien bot der Konflikt eine Gelegenheit, sich als stark zu inszenieren und ihre von antimuslimischem und antipakistanischem Hass durchdrungene, rechtsextreme Wählerbasis zu besänftigen. Die Auseinandersetzung erlaubt der Regierung außerdem, weiterhin jegliche Verantwortung für die Probleme in Kaschmir von sich zu weisen und zu suggerieren, es hänge allein von Pakistan ab, die Unruhen zu beenden.

„Die Verlierer*innen des Konflikts sind die Opfer und ihre Angehörigen – und die große Mehrheit der Südasiat*innen, die gezwungen sein wird, für höhere Verteidigungsausgaben zu zahlen.“

Für das pakistanische Militär kam der Konflikt keinen Moment zu früh. Seit dem Sturz des ehemaligen Premierministers Imran Khan durch ein Misstrauensvotum im Jahr 2022 befindet sich das Militär-Establishment in einer beispiellosen Legitimitätskrise. Die kurze Auseinandersetzung ermöglichte es ihm, das angeschlagene Image aufzupolieren und sich als einzige Institution zu inszenieren, die die Souveränität des Landes schützen kann. Das alte Drehbuch des Hasses gegen den Hinduismus und Indien musste nur entstaubt werden, um alle Kritik verstummen zu lassen.

DER AUTORITARISMUS WIRD IMMER STÄRKER

Die Verlierer*innen des Konflikts sind die Opfer und ihre Angehörigen – und die große Mehrheit der Südasiat*innen, die gezwungen sein wird, für höhere Verteidigungsausgaben zu zahlen. Sie werden auch weniger Freiheit haben, ihren zunehmend autoritären Staaten – die sich jetzt noch mehr ermutigt fühlen werden – zu widersprechen, sie zu kritisieren oder gegen sie auf die Straße zu gehen.

Am härtesten wird es die Kaschmiris treffen. Im von Pakistan kontrollierten Kaschmir wird es weniger Platz für diejenigen geben, die mit der integrativen Politik des pakistanischen Staates nicht völlig einverstanden sind. Im von Indien kontrollierten Kaschmir wird sich die Gewalt gegen Muslime, denen die indische Regierung vorwirft, mit Pakistan zu kooperieren, weiter verschärfen. Häuser, die angeblich den Familien von Kämpfern gehören, wurden aus Rache zerstört. Tausende wurden wegen ihrer mutmaßlichen Verbindungen zu Separatisten inhaftiert – in einer der schon jetzt am stärksten militarierten Regionen der Welt. Die internationale Gemeinschaft muss nun genau hinschauen und dazu beitragen, eine weitere Eskalation zu verhindern. Die Welt kann es sich nicht leisten – am allerwenigsten die Kaschmiris.



MUHAMMAD NAWFAL SALEEMI

lehrt Geschichte und Politik an der Lahore University of Management Sciences, Pakistan.

muhammad.saleemi@lums.edu.pk

KOMMUNIKATION

Lost in acronyms

In der aktuellen weltpolitischen Lage ist es besonders fatal, wenn vor lauter Abkürzungen und Jargon niemand mehr versteht, was wichtige Institutionen eigentlich tun.

Angesichts dramatischer Budgetkürzungen in der Entwicklungspolitik und Forschung muss die Arbeit den Menschen klarer gemacht werden, damit so viele wie möglich ihre Relevanz begreifen.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Vergangenen Monat besuchte ich die CGIAR Science Week in Nairobi. CGIAR bedeutet „Consultative Group on International Agricultural Research“. Die Veranstaltung fand auf dem Gelände des UN-Komplexes statt, was der Relevanz entspricht, die die Arbeit dieser außerhalb der Fachwelt weitgehend unbekannten Organisation für die Weltgemeinschaft hat. Mehr als 9000 Menschen forschen für die CGIAR in 89 Ländern. Dabei geht es um nicht weniger als Welternährung und dauerhafte Ernährungssicherheit für alle.

Wie wichtig die Arbeit der CGIAR ist, erschließt sich nicht sofort – denn über wichtige Akteure wird nur in Akronymen gesprochen. Das gilt für die 15 großen, auf der ganzen Welt verteilten „Future Harvest Centers“, die zu zentralen Themen wie Reis, Viehhaltung oder Wasser forschen, ebenso wie für nationale Forschungsorganisationen oder universitäre landwirtschaftliche Institute. Für verschiedene Zusammensetzungen dieser Akteursgruppen, bestehende Beschlüsse und künftige Agenden gibt es weitere Abkürzungen.

So wurde auf der Science Week etwa das GNC lanciert, erarbeitet von GFAiR auf Grundlage des CGIAR-HLAP-Reports und beauftragt von verschiedenen RF wie APAARI, FARA, FORAGRO, EFARD, CACAARI und AARINENA – um die Zusammenarbeit von NARS auf der ganzen Welt zu erleichtern. Alles klar?

Gemeint ist: Das globale Forum für landwirtschaftliche Forschung (GFAiR) hat im Auftrag regionaler oder kontinentaler Foren (RF; FARA bedeutet etwa „Forum for Agricultural Research in Africa“, CACAARI ist die „Central Asia and the Caucasus Association of Agricultural Research Institutions“) ein Konsortium (GNC, das „Global NARS Consortium“) erdacht, das wiederum nationalen Forschungssystemen (NARS) dabei helfen soll, sich verstärkt auszutauschen und global zu präsentieren.

Ein weiteres Beispiel: Wenig später wurde diskutiert, wie die CGIAR die neue Zehnjahresstrategie von CAADP besser unterstützen kann. An dem Panel war eine große Runde beteiligt; es sprachen Vertreter*innen von ICRAF-CIFOR, IITA, CIAT und ILRI. Das sind Institutionen, die zum Beispiel auf tropische Regenwälder und Naturschutzgebiete spezialisiert sind (ICRAF-CIFOR), auf Landwirtschaft in tropischen Gebieten (IITA), auf Biodiversität (CIAT) oder auf Viehhaltung (ILRI). Dieser Austausch zu CAADP und CGIAR ist sehr wichtig, denn CAADP bedeutet „Comprehensive Africa Agriculture Development Programme“. Das Programm soll afrikanischen Ländern bis 2063 dabei helfen, Hunger zu beenden und Armut zu verringern, indem es die Wirtschaft durch produktivere Landwirtschaft ankurbelt.

Auf der einen Seite ist klar: All diese Institutionen, Zusammenschlüsse und Strategien benötigen angemessene Na-



Auf der Plenarversammlung
der CGIAR Science Week.

men, und wir Journalist*innen wollen auf keinen Fall wertvollen Platz verschwenden, indem wir jedes Mal lange Bezeichnungen ausschreiben.

Auf der anderen Seite kann die exzessive Nutzung von Akronymen verschleiern, worum es wirklich geht. In Pressemitteilungen ebenso wie in den Publikationen größerer Medienhäuser werden sie immer wieder übernommen, schlimmstenfalls ohne Erklärung. Was die dahinterstehenden Akteure konkret bezwecken oder tun, bleibt für die Lesenden oft im Dunkeln.

Akronym-Kaskaden sind weder neu noch eine Eigenheit der landwirtschaftlichen Forschung. Ich schreibe aus Kenia, wo man sich ohne Abkürzungsverzeichnis kaum im Staats- oder Bildungswesen zurechtfindet. Auch die kleinste Institution braucht Namen, die sich zu Akronymen machen lassen – was sich nicht abkürzen lässt, existiert nicht. Das gilt so auch für andere Länder des Kontinents – und natürlich ebenso für die deutsche Bürokratie.

DEVELOPMENT BUZZWORDING

In der Entwicklungspolitik ist Akronym-Übernutzung ein alter Hut. Die EU betreibt eine eigene Abkürzungsdatenbank, und fragt man KI nach einem typischen Satz für entwicklungspolitische Arbeit, kommt das heraus: „Im Rahmen der SDG-Agenda koordiniert das UNDP gemeinsam mit der GIZ, USAID und lokalen CSOs ein PPP-Projekt zur Förderung von WASH-Initiativen in LDCs, das durch ODA-Mittel der DAC-Geber und unter Einbindung des SWAp-Ansatzes implementiert wird. Das M&E erfolgt nach den Vorgaben des RBM und wird regelmäßig im Rahmen von JSRs und durch KPIs evaluiert.“

Erschwerend kommt hinzu: Teils bringen auch die Worte zwischen den Abkürzungen kaum Licht ins Dunkel, etwa wenn in klassischem EZ-Buzzwording die Rede ist von „strategic partnerships for impact“, „facilitation“, „capacity building“ oder „empowerment dynamics“.

Akronym-Verdrossenheit ist gerade jetzt angebracht. Angesichts drastischer Einbußen bei Forschungs- und Entwicklungsgeldern ist es wichtiger denn je, dass so viele Menschen wie möglich verstehen, was sowohl die Entwicklungspolitik als auch die Wissenschaft eigentlich leisten.

Das Beispiel der CGIAR zeigt: Selbst wichtige Arbeit, die auf die Sicherung elementarer Bedürfnisse für alle Menschen abzielt, wird oft – bestenfalls – nur von denen verstanden, die sie ausführen. Das reicht aber nicht, wenn nun neue Geber, etwa aus dem Privatsektor, mit ins Boot geholt werden müssen, um die riesigen Finanzierungslücken zu schließen. Gleichzeitig sind Initiativen wie das GNC und das CAADP in der aktuellen Lage unglaublich wichtig, da sie nationale Systeme stärken und sie weniger abhängig von der Gunst und den erratischen Entscheidungen reicherer Länder machen. Wir Medienschaffende müssen uns Mühe geben, das nötige Hintergrundwissen zu vermitteln – und es wäre sehr hilfreich, wenn die wissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Communities ihre Botschaften klarer formulieren würden. Dass sie es nicht tun, hat vermutlich damit zu tun, dass hinter den Kulissen um Geld gekämpft wird. Dass Budgetentscheidungen dann intransparent bleiben, verschärft mittelfristig allerdings das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber internationalen Organisationen und globalen Agenden.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z – die Abkürzung steht seit über 50 Jahren für Entwicklung und Zusammenarbeit und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu



Foto: dpa / NurPhoto / Adekunle Ajayi

Durch Veranstaltungen wie den jährlichen Lagos Women Run wird das Bewusstsein für Krankheiten wie Krebs geschärft.

GESUNDHEIT

Über nichtübertragbare Krankheiten sprechen

Nichtübertragbare Krankheiten (NCDs) wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen, Diabetes und Krebs sind für etwa 30 % aller jährlichen Todesfälle in Nigeria verantwortlich. Dies erfordert dringende Maßnahmen – und vor allem eine strategische Sensibilisierung auf Gemeindeebene.

VON CHINEDU MOGHALU

NCDs sind in Nigeria auf dem Vormarsch. Lebensstilfaktoren wie schlechte Ernährung, Bewegungsmangel sowie Tabak- und Alkoholkonsum verschlimmern diese Krankheiten.

Laut dem Bericht „The Lancet’s 2021 Global Burden of Hypertension“ betrifft Bluthochdruck – die häufigste Herz-

Kreislauf-Erkrankung – mehr als 29% der Erwachsenen in Nigeria und ist ein großer Risikofaktor für Herzinfarkte, Schlaganfälle und andere Herz-Kreislauf-Komplikationen. Die International Diabetes Federation schätzt, dass etwa 5 Millionen Menschen in Nigeria Diabetes haben. Die meisten dieser Fälle bleiben unerkannt, wodurch ein Risiko für Nierenversagen, Erblindung oder Amputationen für die Be-

„Was wirklich zählt, ist, wie es weitergeht, nachdem über Strategien und Programme informiert wurde.“

troffenen besteht. Chronische Atemwegserkrankungen, auch die chronisch obstruktive Lungenerkrankung (COPD) und Asthma, kommen in städtischen Gebieten mit hoher Luftverschmutzung gehäuft vor.

Die häufigsten Krebsarten in Nigeria sind Brust-, Gebärmutterhals- und Prostatakrebs. Aufgrund später Diagnosen und eingeschränkten Zugangs zu Behandlungen werden viele Fälle erst im fortgeschrittenen Stadium entdeckt. Die Sterblichkeitsrate ist dadurch hoch – ein Trend, den der Nationale Krebsbekämpfungsplan Nigerias (2018–2022) beschreibt.

NCDs führen nicht nur zu vorzeitigen Todesfällen, sondern sind auch eine große wirtschaftliche Belastung für Einzelpersonen, Familien und die gesamte Nation. Die hohen Behandlungskosten und der Produktivitätsverlust untergraben die Entwicklungsbemühungen Nigerias.

FALSCH PRIORITÄTEN

NCDs stehen jedoch nicht immer oben auf der nationalen Gesundheitsagenda. Dieses Versäumnis – oder einfach die fehlende Priorisierung – muss sich ändern. Um das Problem in den Griff zu bekommen, braucht es einen Ansatz, der über die Gesundheitsversorgung hinausgeht. Prävention, Früherkennung und Krankheitsmanagement sind wichtig – die Bedeutsamkeit strategischer Kommunikation aber wird oft übersehen.

Empirische Erkenntnisse unterstreichen, wie wichtig Kommunikation ist, um NCDs erfolgreich zu bekämpfen. Strategische Kommunikation ist nicht nur ein Instrument zur Bekanntmachung von Gesundheitspolitiken und -programmen. Stattdessen sollten gesundheitspolitisch Verantwortliche Kommunikation in die Konzeption und Umsetzung von Programmen integrieren. Was wirklich zählt, ist, wie es weitergeht, nachdem über Strategien und Programme informiert wurde.

Es ist wichtig, zwischen von oben gesteuerten Kampagnen und von Gemeinschaften getragenen Initiativen zu unter-

scheiden. Herkömmliche Kampagnen – oft von zentralen Behörden initiiert und über Regierungen, politisch Verantwortliche und Entwicklungspartner verwaltet – können zwar wirksam sein, oft schaffen sie es aber nicht, Gemeinden wirklich zu mobilisieren. Jene, die die Gesundheitsprogramme am dringendsten benötigen, bleiben also oft weiterhin ungewollt zurück. Kampagnen, die nur über Plakate, Radio oder soziale Medien laufen, erreichen ein großes Publikum, führen aber oft nicht zu dauerhafter Verhaltensänderung an der Basis – besonders nicht bei unterversorgten Bevölkerungsgruppen, die wenig Zugang zu Gesundheitsversorgung oder digitaler Infrastruktur haben.

DIE KOMMUNALE EBENE IST MASSGEBLICH

Von Gemeinden geführte Kampagnen treiben Veränderung nachweislich effektiver voran – besonders, wenn Glaubensgemeinschaften und traditionelle Führungspersonlichkeiten beteiligt sind. Diese Gruppen sind in ihren Gemeinden einflussreich und gelten als vertrauenswürdige Quellen für Informationen und Beratung. Beteiligen sich diese aktiv an Gesundheitskampagnen, werden deren Botschaften viel eher wahrgenommen und befolgt.

Berichte von WHO und NCD-Allianz dokumentieren positive Beispiele für wirksame gemeindebasierte NCD-Maßnahmen. In Ghana führte eine Kampagne zur Verringerung des Salzkonzsums, an der lokale Gemeinden, Glaubensgemeinschaften und traditionelle Autoritäten beteiligt waren, landesweit zu einer Senkung des systolischen Blutdrucks um 2,5 mmHg. In Senegal ging die Raucherquote bei Jugendlichen um 15% zurück, nachdem sich religiöse Führungspersonlichkeiten dafür eingesetzt hatten, den Tabakkonsum einzudämmen. In Côte d'Ivoire verbesserten Initiativen das NCD-Management, indem sie Gesundheitspersonal aus den Gemeinden einsetzten. So konnten Frühdiagnosen von Diabetes und Bluthochdruck in ländlichen Gebieten um 30% gesteigert werden.

In Nigeria wurde 2023 als wichtiger Beschluss des 64. Nationalen Rates für Gesundheit ein „Tag der Gesundheitsför-

derung“ eingeführt, um die Gesundheitsvorsorge zu stärken und das Bewusstsein für einen gesunden Lebenswandel zu schaffen.

Nichtübertragbare Krankheiten betreffen übrigens nicht nur ältere Menschen, sondern immer mehr auch jüngere. Mehr als 33 Millionen, vor allem junge, Nigerianer*innen sind in den sozialen Medien aktiv. Daher spielen auch soziale Medien eine ergänzende Rolle in der strategischen Kommunikation, als wirksames Instrument, um bei dieser Zielgruppe Bewusstsein zu schaffen und Veränderung zu bewirken. Junge Menschen in Nigeria sind allerdings nicht nur durch einen ungesunden Lebensstil gefährdet. Sie sind zugleich auch in der einzigartigen Lage, den Kampf gegen NCDs anzuführen. Sie können durch ihren Online-Einfluss und ihre Netzwerke Wandel antreiben, eine gesündere Lebensweise propagieren, sich für strengere Richtlinien einsetzen und Gleichaltrige dabei unterstützen, fundierte Gesundheitsentscheidungen zu treffen.

„Wir müssen mehr dafür tun, die Gefährlichkeit von NCDs zu kommunizieren, uns für eine stärkere Politik einsetzen und besser bereichsübergreifend zusammenzuarbeiten.“

EIN GESAMTGESELLSCHAFTLICHER ANSATZ

Um die NCD-Krise zu bewältigen, ist es nötig, dass Verantwortliche unter anderem aus Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Finanzen sektorübergreifend zusammenarbeiten. Die Nigeria Health Sector Renewal Investment Initiative (NHSRII) bündelt über einen sektorübergreifenden Ansatz Fachwissen und Ressourcen. Organisationen wie die WHO, Population Services International und die National Primary Health Care Development Agency spielen dabei eine wichtige Rolle. Keine Institution kann NCDs allein bekämpfen – ein umfassender Ansatz von Regierung, Zivilgesellschaft sowie Privatwirtschaft ist zwingend, um Ressourcen und politische Unterstützung zu mobilisieren.

Über Partnerschaften hinaus spiegelt die NHSRII das nationale Engagement Nigerias wider, den Gesundheitssektor

im Rahmen der „Renewed Hope Agenda“ von Präsident Bola Ahmed Tinubu neu zu positionieren. Sie legt nationale Prioritäten fest, die Prävention und Management von NCDs beschleunigen können – etwa die Stärkung der medizinischen Grundversorgung, der Gesundheitssicherheit und der Digitalisierung.

Diese Dynamik muss nun jedoch über Rahmenbedingungen hinaus in die praktische Umsetzung vor Ort getragen werden – insbesondere auf subnationaler Ebene. Die Länder müssen bei ihren staatlichen Gesundheitsinvestitionsplänen die NCDs in den Fokus rücken, und zwar mit messbaren Budgetzuweisungen, Komponenten zur Mobilisierung der Bevölkerung und Ergebnisverfolgung.

Klar ist: Wir müssen mehr dafür tun, die Gefährlichkeit von NCDs zu kommunizieren, uns für eine stärkere Politik einsetzen und besser bereichsübergreifend zusammenzuarbeiten. So können wir jedem Menschen in Nigeria das Wissen, die Werkzeuge und die Unterstützung geben, die für ein gesünderes Leben notwendig sind.



CHINEDU MOGHALU

ist Experte für strategische Kommunikation, Personalentwicklung und Verhaltensänderung sowie Rechtsanwalt und Berater für öffentliche Politik.

moghaluigwe@gmail.com

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Besserer Marktzugang für einkommensschwache Gruppen

*Weltweit haben viele Menschen, die Nahrungsmittel produzieren oder verarbeiten, nur schlechten Zugang zu den Märkten vor Ort. Sie verpassen so Möglichkeiten, ein höheres Einkommen zu erzielen. Der Ansatz der Marktsystementwicklung geht dieses Problem an und hilft, marginalisierte Marktteilnehmer*innen zu fördern.*

VON ARNDT R. BRODKORB



Foto: dpa / Hans Lucas / Pool Union Européenne / Agence Hans Lucas

Waretransport in Cotonou, Benin.

Amara Agossou (Name geändert) lebt in einem Dorf in Benin in bescheidenen Verhältnissen und stellt dort selbst Mangokonfitüre her. Gern möchte sie ihre Konfitüre auch außerhalb des Dorfes verkaufen – allerdings steht sie vor einigen Herausforderungen: Erstens kann sie aufgrund begrenzter Produktionsmittel nur wenig Konfitüre herstellen. Zweitens fehlt ihr ein Transportmittel, um die Ware zeitnah und sicher auszuliefern, etwa ein Zweirad mit Trägervorrichtung. Drittens kennt sie zwar einige der nahegelegenden Märkte, weiß aber nicht genau, wo sie ihr Produkt am lukrativsten verkaufen kann. Sie weiß auch nicht, welche Händler*innen in der nächstgrößeren Stadt die Konfitüre in ihren Geschäften ausstellen würden und zu welchen Konditionen. All das schränkt ihre Möglichkeiten ein, auf dem Markt Fuß zu fassen und ihre Geschäftsidee auszubauen.

Wie Amara Agossou ergeht es vielen, die in kleinerem oder größerem Maßstab Waren produzieren oder weiterverarbeiten. Um diese Akteur*innen besser in lokale Märkte zu integrieren, bietet sich der Ansatz der Marktsystementwicklung (MSD – Market Systems Development) an. MSD-Projekte, die als Begleiter systemischer Veränderungen in dysfunktionalen Märkten agieren, gibt es schon seit geraumer Zeit; teils werden sie auch mit M4P abgekürzt, das steht für „Making markets work for the poor“. Ihr übergeordnetes Ziel besteht darin, Wirtschaftswachstum auf breiter Basis zu schaffen, insbesondere für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen (Pro-Poor Growth).

„MSD-Vorhaben können „Game Changer“ sein und strukturschwache Märkte zugunsten marginalisierter Gruppen verändern.“

MSD-Projekte analysieren zunächst den Markt in Hinblick auf Entwicklungsdefizite und Trends. Erst dann geht es darum, Maßnahmen zu priorisieren, die das beste Potenzial haben, den Zugang für marginalisierte Akteur*innen zu verbessern. Grundsätzlich sollen möglichst viele Teilnehmer*innen vom Projekt profitieren und gute Praktiken übernehmen. Erfolgreiche Projekte ermöglichen einen nachhaltigen Wandel; das heißt, sie verändern Marktsysteme so, dass diese auch ohne anhaltende oder erneute Interventionen besser funktionieren als zuvor.

MSD-Projekte sind langfristig angelegt und bestehen aus verschiedenen Phasen. In der Einführungsphase beispielsweise rekrutiert die Durchführungsorganisation das zukünftige Projektteam, und die Projektabläufe werden entwickelt und eingerichtet. Häufig ist es dann nötig,

Grundlagenstudien zu erstellen. Ziel ist es, Blockaden im Markt zu identifizieren und Informationen zu den Interessengruppen einzuholen und zu analysieren.

In der darauffolgenden Umsetzungsphase werden die vom Projektteam erstellten Aktionspläne relevant. Ein wesentliches Ziel ist der verbesserte Zugang marginalisierter Akteur*innen zum Markt; nun werden beispielsweise Maßnahmen umgesetzt, die die Zusammenarbeit zwischen Produzent*innen und Transportdienstleistern optimieren oder Zielgruppen darin fortbilden, Produkte gemäß standardisierter Qualitätsanforderungen zu bearbeiten. In dieser Phase bietet es sich an, Persönlichkeiten oder Unternehmen einzubinden, die für den Markt aufgrund ihres Erfolgs Vorbildcharakter besitzen.

ERFAHRUNGEN AUS TOGO UND BENIN

Von 2014 bis 2017 verantwortete der Autor ein Regionalprogramm in Togo und Benin, das Projekte im Rahmen des MSD-Ansatzes förderte. Das Programm unterstützte unter anderem Projekte von Partnerorganisationen zu den Wertschöpfungsketten von Paddyreis und Parboiled-Reis, Maniok, Tomaten, Hühnerfleisch und traditionell hergestelltem Palmöl. Zu den wichtigsten Zielgruppen zählten Produzent*innen und Verarbeiter*innen aus einkommensschwachen Familien. Eine in Lomé ansässige zivilgesellschaftliche Organisation fungierte als Regionalkoordination.

Wie der MSD-Ansatz helfen kann, Blockaden im Markt zu lösen und Win-win-Situationen zu schaffen, zeigt ein Beispiel aus Südbenin. Dort unterstützte ein MSD-Projekt etwa 2600 Hühnerzüchter*innen. Um die tierärztliche Versorgung zu verbessern, bekamen 50 Personen eine Weiterbildung zu Veterinärassistent*innen sowie einen entsprechenden Starterkit. Sie wurden für ihre Arbeit von den Züchter*innen entlohnt und konnten so ihr Einkommen aufbessern. Zugleich löste diese neu geschaffene Gruppe von Marktakteur*innen eine Entwicklungsblockade im System: die tiermedizinische Unterversorgung in der Projektzone.

In den verschiedenen Projekten in Togo und Benin waren teils umfassende Grundlagenstudien nötig, um eine belastbare Datenbasis zu den Märkten zu schaffen. Zudem zeigte sich, dass sich die tatsächliche Größe der Zielgruppe im Laufe eines Projekts verändern kann, da es zuweilen schwer war, bereits zu Beginn alle relevanten Akteur*innen zu erfassen.

Einige weitere Erkenntnisse aus den MSD-Projekten waren zudem:

1. Weiterbildungen für Mitarbeitende der umsetzenden Organisationen zahlen sich aus: Sie sollten moderieren,

vernetzen und coachen können, um die Marktakteur*innen etwa dabei zu unterstützen, Arbeitstreffen selbstständig zu organisieren.

2. Wissen und Erfahrungen zu sichern, ist wichtig: So lassen sich Fortschritt und Wirksamkeit eines Projekts messen und Fehlentwicklungen korrigieren. Zudem können spätere Projektphasen davon profitieren. Mit Schulungsbedarf in diesem Bereich ist daher zu rechnen.

3. Falsche Erwartungen gilt es zu vermeiden: Projektträgern und Zielgruppen muss von vornherein klar sein, dass MSD-Projekte nicht mit großen Zuschüssen arbeiten. Kleinere, gezielte Anreize für bestimmte Marktteilnehmer*innen lösen aber Blockaden und können die Gesamtsituation zum Teil drastisch verbessern.

4. Soziale Normen können dem Aufbau des anvisierten Marktes entgegenstehen: Dazu zählen traditionelle Geschlechterrollen, die Frauen daran hindern, durch Unternehmertum finanziell unabhängig zu werden. Solche Hindernisse mit dem Projekt zu umschiffen, kann kompliziert und langwierig sein.

5. Die Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden hat Vor- und Nachteile: Sie können zwar ab einem gewissen Punkt große Hebelwirkung entfalten, agieren aber tendenziell eher zu langsam im Sinne der Projektlogik.

Unterm Strich können MSD-Vorhaben „Game Changer“ sein und strukturschwache Märkte zugunsten marginalisierter Gruppen verändern. Der technische und finanzielle Begleitungsaufwand ist aber nicht zu unterschätzen. Weitere Informationen zum Thema gibt unter anderem das Springfield Centre mit Sitz im Vereinigten Königreich, das federführend in der Entwicklung und Dokumentation von MSD-Projekten ist.

LINKS

Springfield Centre: springfieldcentre.com

Bekkers, H. und Zulfiqar, M., 2020: The story of MSD: achieving sustainable development at scale. beamexchange.org/resources/1353/



ARNDT R. BRODKORB

ist diplomierter Landschaftsökologe, zertifizierter systemischer Coach und Gründer der Beratungs- und Coaching-Agentur A-DEQUAT, die in Ziguinchor (Senegal) ansässig ist.

a.brodkorb@a-dequat.org

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: www.dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.05.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli

Mahajan, Lucknow (RM), Ronald Sseguija Ssekandi, Kampala (RSS, Kolumne

Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein, Anabell Krebs

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.

RECHTSEXTREMISMUS

Geheimnisse der globalen Oligarchie

Brooke Harringtons neues Buch „Offshore – Wie Vermögensverwalter Reichtum tarnen und einen neuen Kolonialismus schaffen“ gibt Auskunft darüber, weshalb die Demokratie in den USA und anderen Ländern mit hohem Einkommen so fragil erscheint. Es erschien kurz vor der Wiederwahl Donald Trumps im November 2024 und erklärt, warum das neue Trump-Musk-Regime in den USA so autoritäre Tendenzen hat.

VON HANS DEMBOWSKI

Auf rund 200 Seiten schildert dieses kurze Buch, wie Steueroasen einer kleinen globalen Elite superreicher Menschen ermöglichen, ihre wirtschaftliche Macht geheim zu halten. Es geht um viel mehr als Steuervermeidung, wie die Soziologie-Professorin der angesehenen Privathochschule Dartmouth College in New Hampshire klarstellt. Harrington betont, Offshore-Finanzzentren erlaubten es Nutzenden, grundsätzlich Gesetze und Bestimmungen anderer Länder zu umgehen. Die entsprechenden illegitimen Geldflüsse schaden nicht nur Entwicklungsländern, sondern auch den wohlhabenden Demokratien, die wir für fest etabliert halten.

Reiche Menschen nutzen für ihre Wirtschaftstätigkeit anonyme Briefkastenfirmen und Stiftungen. Sie entkommen so Gerichten und Staatsanwälten souveräner Staaten. Solche Finanzparadiese liegen, wie Harrington ausführt, auch nicht unbedingt in ausländischen Märkten. Dank strenger Geheimhaltungsregeln und zugleich laxer Aufsicht dienen in den USA beispielsweise Delaware und South Dakota und in der EU Luxemburg diesen Zwecken.

Das Offshore-System begrenzt also nicht nur die Staatseingriffe in andere Rechtsräume. Es unterminiert auch den

marktwirtschaftlichen Wettbewerb, denn es erlaubt skrupellosen, profitmaximierenden Akteur*innen, mit minimalem Risiko gefährliche und juristisch fragwürdige Chancen zu ergreifen. Briefkastenfirmen investieren beispielsweise in destruktiven Bergbau, der die Umwelt schädigt, traditionelle Eigentumsrechte verletzt und Arbeitskräfte skrupellos ausbeutet. Im Erfolgsfall fließen hohe Gewinne. Gibt es aber Probleme, haftet niemand.

KEINE RÜCKSICHT AUF DAS GEMEINWOHL

Harrington schreibt, das Offshore-System habe ein kleines globales Oligarchentum hervorgebracht, dessen Mitglieder sich ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zu allem, was ihnen in den Sinn kommt, berechtigt fühlen. Umweltschutz, Arbeitsrechte oder Chancengleichheit sind ihnen egal. Ihre libertäre Ideologie besagt, dass Menschen alles zu-steht, was sie kaufen können, und dass ihre Freiheit verletzt wird, wenn Staaten rechtliche Grenzen setzen. Diese Leute wollen absolute Freiheit für sich selbst und autoritäre Herrschaft für alle anderen, warnt Harrington.

Aus oligarchischer Sicht ist schon die bloße Frage, woher ihr Geld denn stammt, ein Eingriff in fundamentale Freiheitsrechte. Dieses Denken verwischt die Grenzen zwi-



Foto: dpa / Newscom / Dreamstime

Die Bahamas gelten als Steuerparadies.

schen kriminellem Handeln und legitimer Wirtschaftstätigkeit. Es passt für Harrington ins Bild, dass auch das organisierte Verbrechen (mit Drogenhandel und Waffenschmuggel zum Beispiel) von der Geheimhaltung in Steueroasen profitiert. Das Geschäftsmodell von Finanzparadiesen sei nun mal, der zahlungsfähigen Klientel den Bruch staatlicher Gesetze zu ermöglichen.

Es ist der Sozialwissenschaftlerin zufolge auch kein Zufall, dass rechte politische Kräfte wie die deutsche AfD oder seinerzeit die britische Brexit Campaign Schlagzeilen mit anonymen Spenden aus Steueroasen gemacht haben. Die Rechtsextremen versprechen gern, globalen Druck von ihrer Nation zu nehmen, aber ihre Politik zielt typischerweise auf weniger Regulierung und weniger Umverteilung ab. Sie thematisieren nicht, dass reiche Menschen Steuerrecht und andere Gesetze umgehen und so die Ungleichheit größer werden lassen. Stattdessen hetzen die Rechten gegen Minderheiten und spalten ihre jeweilige Gesellschaft.

Globale Aristokratie bleibt überwiegend anonym

Harrington sieht Parallelen zum Feudalismus. Wie seinerzeit der Adel denke die oligarchische globale Elite, sie stehe über den Gesetzen, die für alle anderen gelten. Der Soziologin zufolge gibt es aber einen großen Unterschied. Während die Aristokratie der Vergangenheit allen bekannt war

und sich folglich in gewissem Maß dem Gemeinwohl verpflichtet fühlte, bleiben die heutigen Plutokraten überwiegend im Verborgenen. Sie machen sich keine Sorgen um ihre Legitimation, erwarten aber von allen Dankbarkeit – unter anderem für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

„Aus oligarchischer Sicht ist schon die bloße Frage, woher ihr Geld denn stamme, ein Eingriff in fundamentale Freiheitsrechte.“

Tatsächlich agieren sie aber parasitisch, wie Harrington ausführt. Sie vermeiden Steuern, leisten also keinen Beitrag zu Aufbau und Unterhalt der gesellschaftlichen Strukturen, von denen ihre Wirtschaftstätigkeit abhängt. Diese Last tragen Mittel- und Unterschichten. Selbst in den Steueroasen profitiert meist nur eine kleine Minderheit der Menschen von den umfangreichen Finanzdienstleistungen, wie Harrington betont. Diese Rechtsräume litten oft unter Korruption und Verbrechen, böten aber kaum Aufstiegschancen.

Harringtons leicht verständliches Buch behandelt viele interessante Aspekte. Unter anderem beleuchtet sie, wie rus-

sische Oligarchen zu Vorreitern wurden, welche entscheidende Rolle private Vermögensverwalter spielen und warum die meisten heutigen Steueroasen während der Entkolonialisierung des britischen Empire entstanden sind.

FREIHEIT FÜR WENIGE ZULASTEN DER NACHHALTIGKEIT

Harringtons beunruhigendste Botschaft ist aber vielleicht, dass Offshore-Zentren es zu einer Art Statussymbol gemacht haben, Steuern zu vermeiden und sonstige Gesetze zu umgehen. Das libertäre Narrativ, dem zufolge keinerlei Eingriff ins Marktgeschehen mit Freiheit vereinbar ist, prägt inzwischen öffentliche Debatten. Es diskreditiert systematisch staatliches Handeln. Dabei hängt echte Marktdynamik von Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftlicher Transparenz und kompetenter Aufsicht ab. Weil freie Märkte derlei nicht selbst produzieren, benötigen sie staatliche Einbettung.

Zugleich erfordert Nachhaltigkeit auch kompetentes Staatshandeln, das ohne ausreichende Staatseinnahmen nicht möglich ist. Entsprechend destabilisieren illegitime Finanzströme Nationalstaaten und die internationale Gemeinschaft. Aus Harringtons Perspektive ist das Offshore-System die Basis des Aufstands des Geldadels gegen die Gleichheit vor dem Gesetz.

Libertäre Ideologie führt letztlich zu Kleptokratie. Staatliche Dienste werden am Ende an die Höchstbietenden versteigert, die auf diese Weise ihre Privilegien sichern und alle anderen marginalisieren. Donald Trump und Elon Musk arbeiten zurzeit daran, solch ein System in den USA aufzubauen. Diesem Zweck dient es, dass sie Behörden schwächen, die Rechtsstaatlichkeit unterminieren und die Redefreiheit angreifen.

BUCH

Harrington, B., 2024: Offshore – Wie Vermögensverwalter Reichtum tarnen und einen neuen Kolonialismus schaffen. Frankfurt am Main/New York, Campus.

Englisches Original: Harrington, B., 2024: Offshore – Stealth wealth and the new colonialism. New York City, W.W. Norton.



HANS DEMBOWSKI

ist ehemaliger Chefredakteur von E+Z.

euz.editor@dandc.eu



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



JUGENDBETEILIGUNG

Mexikos Jugend gegen Korruption mobilisieren

Um Korruption zu bekämpfen, braucht es mehr als Gesetze. In Mexiko fördern von Jugendlichen geführte Initiativen ethisches Verhalten und staatsbürgerliche Verantwortung.

VON PAMELA CRUZ

Korruption ist nach wie vor eines der größten Hindernisse für die globale Entwicklung. Der jüngste Korruptionswahrnehmungsindex (CPI), veröffentlicht von der zivilgesellschaftlichen Organisation Transparency International, unterstreicht die Notwendigkeit wirksamerer Maßnahmen, um das Problem zu bekämpfen.

Mexiko liegt mit 26 Punkten auf Platz 140 von 180 Ländern und fällt neben Ländern wie dem Irak und Nigeria in die Kategorie „hochgradig korrupt“. Laut der National Survey on Governmental Quality and Impact (ENCIG) 2013–2023 wurden sechs von zehn Personen, die wegen Verkehrsunfällen, Verstößen oder Ordnungswidrigkeiten mit öffentlichen Sicherheitsbehörden zu tun hatten, Opfer von Korruption.

Bei einer so alarmierend hohen Prävalenz von Korruption würde man erwarten, dass die Opfer handeln. Dies ist jedoch nicht der Fall – viele Betroffene melden Korruption nicht. Zu den häufigsten Gründen gehören der Glaube, dass Meldungen nutzlos sind (29,5 %), oder die Auffassung, dass Korruption ohnehin eine gängige Praxis ist (12,6 %).

Um Korruption angemessen zu bekämpfen, reicht es daher nicht aus, sich nur auf rechtliche Rahmenbedingungen und institutionelle Strukturen zu verlassen. Es braucht auch die aktive Beteiligung Einzelner. Wir müssen in Initiativen investieren, die eine Verhaltensänderung fördern und zivilen Widerstand gegen das Laster unterstützen.



VERHALTENSÄNDERUNG MIT POSITIVEN MASSNAHMEN

Mejor México, eine 2016 gegründete gemeinnützige Organisation, hat genau das zum Ziel. Die Organisation bietet Studierenden an Universitäten in Mexiko Programme an, in denen sie lernen können, was Korruption ist, warum sie so gefährlich ist und wie sie zur Bekämpfung beitragen können.

Die Programme fördern positive Maßnahmen für mehr Ehrlichkeit und Verhaltensänderungen. Wie Jorge Mireles, Geschäftsführer von Mejor México, erklärt, liegt der Schlüssel darin, dass jeder Mensch die Möglichkeiten erkennt, korrupt zu sein, und „die Werkzeuge hat, um Nein zur Korruption zu sagen, den Teufelskreis zu durchbrechen und ihn allmählich in eine tugendhafte Tat umzuwandeln“.

Um diesen Wandel zu erreichen, hebt Mireles drei grundlegende Säulen hervor: „Die erste ist, dass die Führungskräfte sich verpflichten müssen, Nein zur Korruption zu sagen und

über ihr Handeln nachzudenken. Zweitens muss es einen rechtlichen und institutionellen Rahmen geben, der ethisches Verhalten regelt. Und drittens, und das ist für uns am wichtigsten, muss es ein Bewusstsein und eine Beteiligung der Bürger geben.“

ConversAcciones, eines der Flaggschiff-Programme von Mejor México, konzentriert sich genau darauf, dieses Bewusstsein und die Beteiligung junger Menschen im Alter von 18 bis 29 Jahren zu fördern. Das Programm zielt darauf ab, Studierende an Universitäten in die Entwicklung und Umsetzung von Strategien einzubeziehen, die Verhaltensänderungen im Kampf gegen Korruption fördern.

COMMUNITY-EVENTS UND DIGITALKAMPAGNEN

Das Programm entfaltet sich in zwei Phasen: Die erste, „Conversa“, besteht aus Informations-, Co-Creation- und Reflexionsräumen, in denen junge Menschen Vorschläge zur Änderung von Verhaltensweisen und Einstellungen entwerfen. Die zweite, „Acciones“, konzentriert sich auf die Umsetzung dieser Strategien in ihren Gemeinden und darauf, die Wirkung zu messen. Am Ende des Programms präsentieren die Teilnehmenden ihre Strategien bei einer virtuellen Veranstaltung, bei der das Publikum die Ergebnisse

im Hinblick auf Kreativität, Wirkung und Wert bewertet. Seit seiner Gründung im Jahr 2022 waren an ConversAcciones mehr als 6500 junge Menschen beteiligt, aus über 80 öffentlichen und privaten Universitätscampus in 54 Städten in 25 Bundesstaaten des Landes.

Mejor México ist es mit Unterstützung mehrerer Unternehmen und Stiftungen gelungen, viele Menschen zu erreichen – durch groß angelegte digitale Kampagnen wie #NoDoyMordidas („Ich gebe kein Bestechungsgeld“), Foren, Webinare, Ethik- und Korruptionswettbewerbe sowie Veranstaltungen in Kinos.



PAMELA CRUZ

ist Koordinatorin für Sonderprojekte bei Comunalia, einem Netzwerk von Bürgerstiftungen in Mexiko.

pamela.cruz@gmail.com

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.



DESINFORMATION

Die Wahrheit verteidigen



Illustration „Alternative Facts“ des sudanesischen Cartoonisten Khalid Albaih. Mehr Informationen zum Künstler finden Sie auf Seite 4.

UNSERE SICHT

Wahrheit neu lernen

Autokratische Propaganda weiß Misstrauen und fehlende Medienbildung zu nutzen. Bereits junge Menschen müssen befähigt werden, Lügen zu erkennen und mit Falschinformationen umzugehen.

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

Ich arbeite ehrenamtlich in einem Projekt für benachteiligte Kinder und Jugendliche bei Nairobi. Im April haben E+Z-Autorin Alba Nakuwa und ich für rund 70 junge Menschen zwei Workshops zum Thema Medienbildung und Desinformation durchgeführt. Die Reaktionen und Gedanken dieser Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren decken sich mit vielem, was Medienforschende und -psycholog*innen aus anderen Teilen der Welt berichten.

Waren die Falschmeldungen nah an ihrer eigenen Lebenswelt, konnten die Jugendlichen sie fast immer identifizieren. Wir besprachen etwa einen Post, der fälschlicherweise behauptete, die Überflutungen in Nairobi im vergangenen Jahr hätten nur einen kleinen Teil der Stadt betroffen. Ein Junge identifizierte den Beitrag als falsch, weil er persönlich von den Überschwemmungen betroffen war, obwohl er in einem anderen Stadtteil wohnte.

Übermäßig misstrauisch waren die Jugendlichen bei Informationen über die kenianische Regierung. Auch wahre Meldungen von Medien, die wir zuvor als zuverlässige Quellen herausgearbeitet hatten, kennzeichneten sie als falsch. Das passt zu dem, was die kenianische Fachjuristin Irene Mwendwa im Interview beschreibt: Besonders in Ländern des Globalen Südens herrsche ein tiefes Misstrauen gegenüber Institutionen. Dessen Wurzeln sieht Mwendwa in der historischen Ausbeutung dieser Gesellschaften.

Große Verunsicherung herrschte bei den Jugendlichen im Hinblick auf globale Phänomene und Zusammenhänge. Teilweise spuckten ihre Social-Media-Feeds abenteuerliche Aussagen aus, etwa: „Hinter der Antarktis liegt noch ein Land.“ In anderen Fällen wurde deutlich, dass die virtuellen Fänge der russischen Propagandaarmee vom Westen bis in den Osten des Kontinents reichen: Das junge Staats-

oberhaupt Burkina Fasos, Ibrahim Traoré – er regiert das Land seit dem Staatsstreich vor drei Jahren – wird den jungen Menschen als antiwestlicher Held häufig ausgespielt. Memes und Reels feiern ihn dabei für seinen Hass auf Frankreich und den gesamten Westen sowie für Aktionen oder Aussagen, die sich kaum überprüfen lassen.

Viele Jugendliche erkannten, dass Zweifel angebracht sind, ebenso viele aber hielten die Posts für wahr. Das ist wenig verwunderlich: Die Workshop-Teilnehmer*innen stammen aus wirtschaftlich benachteiligten Familien und besuchen hoffnungslos unterfinanzierte öffentliche Schulen ohne Kapazitäten für Medienbildung.

In Finnland herrschen andere Zustände, wie uns der Erziehungsexperte und ehemalige Schulleiter Kari Kivinen berichtet. Kinder lernen dort bereits im Kindergarten, dass Desinformationen Lügen sind, Misinformationen Fehler und Fehlinformationen Tratsch.

Menschen in jedem Alter müssen in die Lage versetzt werden, zu verstehen, mit welchen Informationen sie es zu tun haben. Autokratische Regime auf der ganzen Welt verdanken ihren Aufschwung teilweise dem bewussten Einsatz aller Arten von Fehlinformationen. Sie haben ein Interesse daran, dass Wahrheiten verdreht oder nicht erkannt werden. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz sind sie damit erfolgreicher denn je.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu



Foto: Africa Check

Unser Bild stammt aus einem der Leitfäden von Africa Check:
„Africa Check’s guide to zombie claims: How to spot false
information that just won’t die.“

FAKTENCHECKS

Im Kampf gegen Fake News

In Afrika, wie in den meisten Teilen der Welt, begünstigen politische Rhetorik, zweifelhafte Gesundheitsversprechen und geopolitische Interessen die Verbreitung von Falschinformationen. Africa Check, Pionier für Informationsintegrität auf dem Kontinent, deckt regelmäßig Lügen auf, bekämpft Falschinformationen und setzt sich für den (Wieder-)Aufbau von Medienkompetenz ein, um die Mächtigen mit Fakten zur Rechenschaft zu ziehen.

VON ALPHONCE SHIUNDU

Im Februar brachte Africa Check, eine 2012 gegründete gemeinnützige Organisation zur Faktenprüfung und Förderung der Wahrhaftigkeit in öffentlichen Debatten und Medien in Afrika, in Nairobi einige der Forschenden und Faktenprüfer*innen zusammen, die die Wahlen 2024 in neun afrikanischen Ländern, darunter Südafrika, Ruanda, Senegal, Namibia, Ghana, Tunesien und Algerien, beobachtet hatten. Darüber hinaus sprachen Vertreter*innen von Africa Check aus Kenia und Nigeria über ihre jeweiligen Informationsökosysteme im Rahmen der Wahlen 2022 und 2023.

Insgesamt zeigten sich politische Verleumdungen gegen die Konkurrenz, Unwahrheiten, die die Glaubwürdigkeit der Wahlbehörden untergruben, und solche, die darauf abzielten, das Vertrauen der Öffentlichkeit in unabhängige Medien zu untergraben, als einige der Hauptbestandteile des Rezepts für Desinformation. Der Einsatz bezahlter Influencer*innen, die heimlich angeheuert wurden, um Falschinformationen zu verbreiten, war ebenfalls in allen Ländern weit verbreitet.

Gefälschte Meinungsumfragen zu kontroversen Themen oder zur Beliebtheit von Kandidat*innen, gefälschte oder

manipulierte Wahlplakate, gut gestaltete Manifeste mit hetzerischer Rhetorik, geschickt geschnittene Videos, die polarisierende Wortgefechte zeigten, und gefälschte Screenshots interner WhatsApp-Unterhaltungen wurden in allen Ländern mit unterschiedlicher Wirksamkeit und Schädlichkeit eingesetzt.

Africa Check und Partner haben mit bewährten Instrumenten Maßnahmen ergriffen, um Informationsintegrität zu gewährleisten: Faktenprüfung, Entlarvung von Falschinformationen, Vermittlung von Medienkompetenz sowie Kurse zur digitalen Hygiene. Die Plattform bietet Programme an, in denen Menschen lernen, wie sie Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen überprüfen und falsche Informationen erkennen können, insbesondere in Fällen, in denen Desinformation darauf abzielt, kognitive Abkürzungen auszunutzen. Die Programme bieten auch Anleitungen zur Anwendung sicherer Online-Praktiken, um sich selbst und andere vor schädlichen Inhalten zu schützen, und erklären, wie Algorithmen funktionieren, um Empörung zu verstärken, und wie sie neu kalibriert werden können, um nützliche Inhalte anzuzeigen.

„Die Routen von Desinformation in Afrika sehen so aus: Sie verbreitet sich über soziale Medien, landet dann bei lokalen Radiosendern und wird in Moscheen und Kirchen, auf Marktplätzen und auf offiziellen Plattformen als Tatsache wiederholt.“

BATTERIESÄURE ALS HEILMITTEL GEGEN GRAUEN STAR

David Ajikobi ist Landesredakteur für Africa Check in Nigeria. Er erklärt, dass neben politischer Desinformation auch Desinformation im Gesundheitsbereich ein großes Problem darstellt. „Das führt zu gefährlichem Verhalten, und der Schaden ist manchmal lebensbedrohlich“, erklärt er und verweist auf die Verbreitung ungetesteter Behandlungsmethoden, wie beispielsweise eine absurde Falschbehauptung in den nigerianischen sozialen Medien, der zufolge Batteriesäure ein Heilmittel gegen Grauen Star sei. „Das ist ein großes Problem, insbesondere auf einem Kontinent, auf dem es wenige wirklich funktionierende Gesundheitssysteme gibt und die Gesundheitskosten aus eigener Tasche bezahlt werden müssen“, fügt er hinzu.

Mit anderen Worten: Menschen gehen nicht ins Krankenhaus, weil sie von billigen, ungetesteten Heilmitteln gehört haben, die Wunder versprechen. Jemand, der Schwierigkeiten hat, sich zu ernähren, wird wahrscheinlich etwas ausprobieren, das mit geringem Einkommen finanziert werden kann, bevor mehr Geld in Krankenhausrechnungen fließt. Das ist die Ökonomie des Überlebens.

Irreführende Gesundheitsratschläge können tödliche Folgen haben, nicht nur für einen selbst. Das gilt insbesondere in Zeiten von Epidemien oder Pandemien wie Covid-19 oder Ebola. Nicht wenige Menschen glauben religiösen Autoritäten, wenn diese behaupten, dass Impfstoffe Teil eines weltweiten Sterilisierungsprogramms seien. Sie verweigern sich und ihren Kindern Impfungen gegen vermeidbare Krankheiten wie Polio, Tetanus, Malaria und Tuberkulose.

Die Routen von Desinformation in Afrika sehen so aus: Sie verbreitet sich über soziale Medien – WhatsApp, X, Facebook, TikTok, Instagram, YouTube oder Telegram –, landet dann bei lokalen Radiosendern und wird in Moscheen und Kirchen, auf Marktplätzen und auf offiziellen Plattformen als Tatsache wiederholt. An anderen Tagen entsteht sie auf dem Marktplatz und landet in der WhatsApp-Gruppe der Familie. So zirkuliert sie ungehindert, vergiftet Köpfe und gefährdet Leben.

KÄMPFE UM HERZEN UND KÖPFE

In Westafrika gewinnt ein weiterer Aspekt der Desinformation an Bedeutung. Forschende führen dies auf die geopolitische Situation in der Region zurück, in der wichtige globale Akteure versuchen, die Herzen und Köpfe der Bevölkerung für sich zu gewinnen. „Falsche Narrative und Desinformation werden genutzt, um den Einfluss ausländischer Akteure – Russlands, Chinas, aber auch der USA und der EU – zu stärken“, sagt Ajikobi.

Valdez Onanina ist Chefredakteur für das frankophone Afrika bei Africa Check. Er lebt in Dakar, Senegal, und hat umfangreiche Recherchen in französischsprachigen Ländern durchgeführt, die in den letzten zehn Jahren Staatsstriche erlebt haben. „Fehlinformationen und Desinformation, insbesondere aus China oder Russland, bleiben eine Bedrohung, da sie zur zunehmenden Polarisierung der öffentlichen Debatten und politischen Auseinandersetzungen in unseren Ländern beitragen“, sagt Onanina.

Laut Onanina gibt es dafür zwei Gründe: „Ein sehr fragiles Medienökosystem hat mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage zu tun, was sich direkt auf Qualität, Ethik und Wirkung von Journalismus auswirkt“, sagt er. „Zweitens sinkt weltweit das Vertrauen in die Medien, was auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist, darunter der Aufstieg des Populismus in mehreren Ländern, wo Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dieses Misstrauen oft durch falsche Aussagen schüren.“

FALSCHINFORMATIONEN AUS HÖCHSTER INSTANZ

Was den letzten Punkt betrifft, wissen wir in Kenia genau, was er meint. Hier ein Beispiel dafür, wie Fake News aus höchster Regierungsinstanz verbreitet werden.

Der kenianische Präsident William Ruto reiste im September 2024 nach Deutschland, um ein bilaterales Abkommen zur Arbeitsmigration zu unterzeichnen. „Dieses Abkommen wird 250.000 Arbeitsplätze für junge Menschen aus Kenia schaffen“, sagte er in einem Interview mit der Deutschen Welle (DW), dem staatlichen internationalen Sender Deutschlands. Der britische öffentlich-rechtliche Sender BBC griff diese Zahl auf und schrieb in einem Beitrag auf X: „Deutschland hat zugestimmt, 250.000 qualifizierte und teilqualifizierte kenianische Arbeitskräfte aufzunehmen.“

Kurz nachdem der Beitrag der BBC veröffentlicht worden war, zitierte das deutsche Innenministerium diesen und postete auf X: „Diese Information ist eindeutig falsch. Das Abkommen zwischen Deutschland und Kenia enthält keine Zahlen oder Quoten für Fachkräfte, die die Möglichkeit erhalten, in Deutschland zu arbeiten. Alle Interessenten müssen die strengen Anforderungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erfüllen.“

Für Kenianer*innen stammte diese Zahl vom Präsidenten. Und eine befreundete Regierung hatte sie gerade für falsch erklärt. Viele, die das DW-Interview sahen, den BBC-Bericht lasen oder die Kommentare des Präsidenten in Kenia hörten, sahen darin eine Kritik der Deutschen an Ruto.

Rutos Behauptung, dass die Vereinbarung Zahlen enthalte, und sein Versäumnis, die Details offenzulegen, schürten

die Hoffnung von Millionen junger Kenianer*innen, die meisten von ihnen arbeitslos. Plötzlich herrschte große Aufregung im Internet, und viele sahen sich bereits im Flugzeug nach Deutschland sitzen.

Als die deutsche Regierung klarstellte, dass das Abkommen keine Zahlen enthalte, und betonte, dass es um Fachkräfte gehe, erschütterte dies das ohnehin schon bröckelnde Vertrauen in den Präsidenten.

Dennoch entschieden sich einige, die Angelegenheit zu verdrehen, und argumentierten, dass die Aussage des Staatsoberhauptes zwar wahr sei, die deutsche Regierung ihm jedoch widersprechen müsse, da Einwanderung ein heißes Wahlkampfthema bei den bevorstehenden deutschen Wahlen sei. Ruto hatte den Menschen Arbeitsplätze versprochen und musste nun um jeden Preis zeigen, dass er dieses Versprechen einhalten würde.

So gedeiht Desinformation. Fakten werden verdreht, um sie an ein bestimmtes Narrativ anzupassen. Selbst wenn Unwahrheiten aufgedeckt werden, ist es schwierig, sie zu korrigieren – denn diejenigen, die die Falschinformationen verbreiten, beharren auf ihrer Version der Ereignisse, da sie ein bestimmtes Ziel vor Augen haben.

Aber es gibt Hoffnung. Dank grenzüberschreitender und gemeinschaftlicher Informationsforensik in einer vernetzten Welt, in der tausende digital versierte junge Menschen Zugang zum Internet haben, kommt die Wahrheit oft ans Licht. Wenn dies geschieht, werden jedoch das Vertrauen und der gute Wille der Öffentlichkeit, auf denen die Arbeit aller Staatsbediensteten und Behörden beruht, untergraben. Ziviler Ungehorsam wird zur patriotischen Pflicht und Regierungsführung schwierig.

QUELLEN

Africa Check: africacheck.org

Kamau, S. and Shiundu, A., 2024: “Investing in fake news? The disinformation industry in Kenya’s 2022 elections.” In: State-Sponsored Disinformation Around the Globe (2024): 194-215. DOI: 10.4324/9781032632940-15.



ALPHONCE SHIUNDU

ist ein kenianischer Journalist und Redakteur bei Africa Check.

shiunduonline@gmail.com

SOCIAL MEDIA

Söldner der digitalen Desinformation

Gezielt Falschinformationen zu verbreiten, ist ihr Geschäftsmodell: Dubiose Firmen und Berater wie „Team Jorge“ versuchen weltweit, Wahlen zu beeinflussen. Dabei setzen sie auf Armeen von Fake-Konten in sozialen Netzwerken, Cyber-Spionage und KI.

VON SONJA PETERANDERL

Wer sich an den Mann mit dem Decknamen „Jorge“ wandte, besaß meist viel Geld, wenig Skrupel und große Ambitionen. Im Sommer 2022 wollte sich ein Mann, der sich als Repräsentant eines afrikanischen Politikers ausgab, bei dem Berater „Jorge“ eine Wahlmanipulation bestellen. Die anstehende Wahl

sollte entweder verschoben werden oder am besten ganz entfallen. „Jorge“ veranschlagte rund 6 Millionen Euro für den Job. Seine teuren Dienste begründete er auch mit seinen bisherigen Erfolgen: 33 Präsidentschaftskampagnen habe sein „Team Jorge“ bereits mit digitalen Desinformationskampagnen beeinflusst, 27 Mal erfolgreich, protzte er.



Illustration: Forbidden Stories & Mélody Da Fonseca

Tal Hanan (links), Mashi Meidan (Mitte) und Shuki Friedman sind laut "Forbidden Stories" drei Protagonisten des Universums von "Team Jorge".

In diesem Fall steckte hinter dem vermeintlichen Neukunden jedoch ein Journalist. Mit einer Undercover-Recherche konnte ein Team des internationalen Recherchekollektivs „Forbidden Stories“ einige Mechanismen des digitalen Desinformationskriegs offenlegen, der weltweit die Demokratie gefährdet. Dubiose Dienstleister wie „Team Jorge“ versuchen, Debatten oder sogar Wahlen zu beeinflussen, sie kreieren künstliche Trends in sozialen Netzwerken, lassen Gerüchte zirkulieren und zerstören den Ruf von Personen – unter anderem mithilfe von Armeen von Fake-Konten in sozialen Netzwerken, KI und teils auch Cyberspionage.

„Die Manipulation auf Social Media ist schon seit Jahren eine wenig beachtete Schattenindustrie“, sagt der Journalist Max Hoppenstedt, der für das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel arbeitet und als Teil des internationalen Researcheteams zu „Team Jorge“ berichtet hat. Wie viele solcher Firmen weltweit agieren, sei unklar – oft sei der Ursprung von Desinformationskampagnen schwer nachzuvollziehen.

„Dubiose Dienstleister wie „Team Jorge“ versuchen, Debatten oder sogar Wahlen zu beeinflussen. Sie kreieren künstliche Trends in sozialen Netzwerken, lassen Gerüchte zirkulieren und zerstören den Ruf von Personen.“

WERKZEUGE DER DESINFORMATION

Die Recherchen zu „Team Jorge“ werfen immerhin ein Schlaglicht auf ihre Werkzeuge und Strategien: „Wir konnten sehen, dass Team Jorge eine breite Palette an Angriffswerkzeugen im Angebot hat: von Hacking-Angriffen auf hochrangige Politiker*innen über das systematische Verbreiten von Chaos und Lügengeschichten auf Social Media bis zu fingierten Skandalen“, sagt Hoppenstedt. „Besonders an Team Jorge fand ich, dass die Truppe ihre Dienste wie Söldner in einem Infokrieg so ziemlich jedem angeboten hat: von Despoten bis zu windigen Geschäftsleuten.“

Der Mann, der sich „Jorge“ nennt, ist „Forbidden Stories“ zufolge der israelische Geschäftsmann Tal Hanan, der früher für israelische Spezialeinheiten arbeitete. Seit mindestens zehn Jahren steuert er offenbar ein Team aus Ex-Geheimdienstler*innen, Sicherheits- und Digitalexpert*innen, das die digitale Drecksarbeit für seine einflussreichen Kund*innen erledigt.

EIN HEER VON BOTS

Seine Truppe verfügte 2022 über eine Armada von rund 30.000 Fake-Profilen auf Plattformen wie Facebook, Instagram oder Amazon. Das Team entwickelte eine Software namens Advanced Impact Media Solutions (AIMS), um schnell virtuelle Avatare zu erstellen und zu steuern. Mit diesem Netzwerk aus virtuellen Fake-Personen können digitale Plattformen mit Posts oder Kommentaren geflutet und Trends in sozialen Netzwerken manipuliert werden. Die Software erstellt auf Basis von ein paar Stichworten auch automatisiert Inhalte in allen möglichen Sprachen, in positivem, negativem oder neutralem Ton.

„Die Methodik von Team Jorge ist alt, aber effektiv und daher profitabel“, sagt der mexikanische Digitalexperte Alberto Escorcía, der seit Jahren digitale Desinformation in Lateinamerika analysiert und auch an den „Forbidden Stories“-Recherchen beteiligt war. „Sie setzen keine ausgefeilten Techniken ein, sondern erzeugen im Grunde massiven Spam, der dann von Netzwerken von Influencer*innen, die dafür angeheuert werden, verstärkt wird.“ Über verschiedene Netzwerke hinweg werde ein „kollektiver Shoutout erzeugt, der durch rohe Gewalt massiver und mächtiger ist als die Trends in anderen Netzwerken“, sagt Escorcía.

Die Software von „Team Jorge“ ist ihm zufolge eine Art Raubkopie von „TweetDeck“, einem Social-Media-Dashboard, mit dem sich mehrere Konten auf X gleichzeitig verwalten lassen. „Team Jorge“ platzierte offenbar teils auch Falschnachrichten in journalistischen Berichten und versucht, Prominente, Influencer*innen und deren Fans dazu zu bringen, die über Bots gestreuten Falschnachrichten weiterzuverbreiten, sodass die Quelle der Gerüchte verschleiert bleibt – wie bei Geldwäsche. „Team Jorge“ ist laut Escorcía eine der ältesten und bekanntesten aktiven Gruppen in Lateinamerika und vor allem in Südamerika aktiv. In Ländern wie Mexiko, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Costa Rica oder der Dominikanischen Republik haben sich die Desinformationskrieger*innen Escorcía zufolge bereits in Wahlen eingemischt.

CYBERSPIONAGE FÜR CAMBRIDGE ANALYTICA

Teils nutzte „Team Jorge“ auch Sicherheitslücken, um sensible Informationen und Kontakte zu erbeuten, und hackte sich in Konten ein. „Jorge“ verschaffte sich bei den Gesprä-

chen mit Journalist*innen des „Forbidden Stories“-Teams live Zugriff auf E-Mail-Konten sowie Messenger-Accounts mehrerer hochrangiger afrikanischer Personen, um seine Fähigkeiten zu demonstrieren. Von gehackten Telegram-Accounts verschickte er im Namen der Account-Besitzer*innen Nachrichten an deren Familienangehörige.

Sein Team übernahm offenbar auch Cyber-Spionagedienste für die mittlerweile abgewinkelte britische Skandalfirma Cambridge Analytica. Die Consultingfirma wurde 2018 weltweit durch einen Datenskandal bekannt – sie hatte die Daten von bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzer*innen genutzt, um Wahlen weltweit mit personalisierten digitalen Wahlkampagnen zu beeinflussen. „Forbidden Stories“ zufolge seien Hacker von „Team Jorge“ mit USB-Sticks zu Cambridge Analytica ins Büro marschiert – angeblich voller vertraulicher Infos von E-Mail-Konten, darunter Daten eines nigerianischen Präsidentschaftsanwärters. Selbst einige Cambridge-Analytica-Mitarbeiter*innen habe das schockiert, wie ein Ex-Mitarbeiter der Skandalfirma später dem Guardian offenbarte.

GERÜCHTE IM MESSENGER

Ihre Desinformationskampagnen streuen die Anbieter häufig über mehrere Kanäle gleichzeitig. „Die Agenturen verkaufen in der Regel ein Paket aus politischem Spam und schmutziger Kriegsführung in sozialen Netzwerken, zusammen mit der Verbreitung von Gerüchten und Wahlwerbung unter Verwendung von WhatsApp-Nummern und Postleitzahlenkampagnen über Facebook Ads“, beobachtet Alberto Escorcía.

In sozialen Netzwerken werden die Inhalte nicht journalistisch eingeordnet. Die Formate sind kurz, und oft verbreiten sich verkürzte, skandalisierende und emotionale Botschaften besonders gut. All das macht die Plattformen zur idealen Angriffsfläche für Propaganda und Desinformation. „Gerade junge Leute haben genug von traditioneller Politik, es langweilt sie“, beobachtet die Kommunikationswissenschaftlerin Ivón Rivera, die an der Zentralamerikanischen Universität UCA in San Salvador forscht und lehrt. „Sie wollen Information als Unterhaltung konsumieren, in kleinen Informations-Bytes.“

Auch in Messengern wie WhatsApp oder Telegram gehen Gerüchte viral. In Chats oder geschlossenen Gruppen verbreiten sich Informationen schnell, ohne Gegenrede. Escorcía zufolge vertrauen Menschen ihren Peers, wie Freund*innen, Bekannten oder der Familie, oft eher als traditionellen Medien.

KI ALS VERSTÄRKER VON DESINFORMATION

Alberto Escorcía besorgt der Trend, dass mittlerweile KI-Software dafür instrumentalisiert wird, automatisiert und

massenhaft Posts und ganze Kampagnen zu erstellen und zu verbreiten. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mexiko 2024 beobachtete er etwa, dass die Programmierschnittstelle des KI-Unternehmens OpenAI zur Erstellung von Tausenden Tweets und Facebook-Anzeigen missbraucht wurde.

Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder Twitter, heute X, haben in den vergangenen Jahren Tools und Prozesse eingeführt, die Fake-Accounts, Bot-Netzwerke und Desinformation aufdecken sollen – wie Community-Meldungen, Fact-Checking oder KI-Software, die verdächtige Posts oder Profile automatisiert entlarven soll. „Die Recherche zu Team Jorge hat gezeigt, dass die Verteidigung etwa von Social-Media-Konzernen wie Facebook gegen Massen von automatisierten und lügenden Bot-Konten deutlich schlechter funktioniert, als uns die Unternehmen glauben machen wollen“, sagt Spiegel-Redakteur Max Hoppenstedt. „Wir konnten nachweisen, dass den Unternehmen zahlreiche Konten über lange Zeit nicht aufgefallen sind.“

Die Tech-Konzerne haben in den vergangenen Jahren auch viele Community-Manager*innen sowie Sicherheits- und Ethikteams entlassen und zusammengekürzt. Gerade stellen sich CEOs der großen Tech-Konzerne auch offen hinter den antidemokratischen, rechtsextremen US-Präsidenten Donald Trump – und gehen noch laxer mit Desinformation aus dem rechtsextremen Spektrum um. Kürzlich stellte Meta-Chef Mark Zuckerberg sogar die Zusammenarbeit mit internationalen journalistischen Fact-Checking-Initiativen ein, die Facebook lange aufgebaut und gefördert hatte – eine gute Nachricht für die Söldner*innen der Desinformation.

Auch „Team Jorge“ mischt offenbar weiter im schmutzigen Geschäft mit der Wahrheitsverdrehung mit: „Wir haben Indizien gesehen, dass Team Jorge auch nach unserer Veröffentlichung, nach einer kleinen Pause, weiter aktiv gewesen sein könnte“, sagt Hoppenstedt.



SONJA PETERANDERL

ist Journalistin und Gründerin von BuzzingCities Lab, einem Thinktank, der sich mit digitaler Innovation, Sicherheit und organisierter Kriminalität beschäftigt.

euz.editor@dandc.eu

Russlands Präsident
Wladimir Putin und
sein chinesischer
Amtskollege Xi Jinping
unterstützen sich.



Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Evgenia Novozhenina

PROPAGANDA

Wenn Autokrat*innen kooperieren

Autokratien arbeiten weltweit zusammen, um sich an der Macht zu halten. Sie überfluten die Öffentlichkeit mit gezielter Desinformation, um den demokratischen Diskurs zu zerstören und der Welt ihr eigenes Narrativ auszudrücken, analysiert Anne Applebaum in ihrem Buch „Die Achse der Autokraten“.

VON DAGMAR WOLF

So verschieden autokratische Herrscher in Ländern wie Russland, China, Iran, Nordkorea, Venezuela oder Simbabwe in Ausrichtung und Ideologie auch sein mögen, sie halten zusammen, um ihre Macht zu sichern, sich zu bereichern und ihren Einfluss auszubauen. Gemeinsam umgehen sie Sanktionen und unterstützen sich gegenseitig mit Finanzmitteln, Technologien, Waffen und anderen Ressourcen. Mittels Propaganda-Bots und Trollfabriken nehmen sie Einfluss auf Debatten im digitalen Raum.

Was sie eint, ist ihre Verachtung der liberalen Welt und der Kampf gegen jegliche Form der Demokratie. Zu diesem Schluss kommt die US-amerikanisch-polnische Journalistin und Historikerin Anne Applebaum in ihrem Buch „Die Achse der Autokraten“. Die Ablehnung demokratischer Werte wurzelt im Wesen der Demokratie selbst, wie Applebaum analysiert: Rechenschaft, Transparenz, Gerechtigkeit, Menschenrechte, freie Medien und Bürgerbeteiligung sind Prinzipien, die die Macht der Autokrat*innen infrage stellen. Daher möchten sie demokratische Bewegungen möglichst im Keim ersticken.

Dazu diffamieren sie Oppositionelle, bringen charismatische Anführer*innen demokratischer Bewegungen in Verfall und schüchtern deren Anhänger*innen ein. Vor gezielten Morden schrecken Autokrat*innen laut Applebaum meist zurück – aus Angst, Märtyrer*innen zu schaffen.

DIGITALE KAMPAGNEN UND KÖRPERLICHE GEWALT

Die persönlichen Angriffe gegen politische Gegner*innen verfehlen ihre Wirkung nicht. In Venezuela, Simbabwe und vielen anderen Ländern zielen sie darauf ab, unbequemen Personen ein produktives Leben unmöglich zu machen. Diese sehen sich Hetzkampagnen auf Social Media, Schikanen durch Finanzbehörden, Nachstellungen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Drohungen richten sich oft auch gegen Familienangehörige.

Raffinierte Schmutzkampagnen im Internet fördern neue Formen des Massenmobbings zutage, an denen sich viele anonym beteiligen. Applebaum schildert etwa, wie die venezolanische Regierung ein System eingeführt hat, mit dem sie Nutzer*innen, die in den sozialen Medien Regierungspropaganda verbreiten, kleine Geldbeträge überweisen kann. Ähnliche staatliche Kampagnen sind laut Applebaum auch in anderen autokratisch regierten Ländern zu finden. Sie attackieren Gegner*innen mit unzähligen echten und gefälschten Accounts – wie eine „Maschinerie von Trollen, die aus allen Ritzen kommen“, zitiert Applebaum den venezolanischen Oppositionspolitiker Leopoldo López.

Die Opfer solcher Trollkampagnen erleiden den sogenannten bürgerlichen Tod: Sie werden zunehmend isoliert und

dadurch gleichsam zu Unberührbaren – selbst für ihre eigenen Angehörigen. Wird jemand wiederholt verunglimpft, fragen sich irgendwann sogar die engsten Vertrauten, ob an den Vorwürfen – und seien sie noch so falsch – nicht doch etwas dran sein könnte. Die Botschaft der Autokrat*innen an die Bevölkerung ist eindeutig: Haltet euch von der Politik fern, es lohnt sich nicht, zu kämpfen.

DISKREDITIERUNG VON DEMOKRATIEN

Neben Überwachung und Kontrolle nutzen Autokrat*innen auch Narrative, die die Demokratie selbst beschädigen. „Chaos und Gewalt“, die angeblich in Demokratien herrschen, setzen sie „Ordnung und Sicherheit“ im eigenen Land entgegen. Sie warnen die Bevölkerung vor einer „geistigen Verunreinigung des Westens“ und befeuern Ressentiments und Nationalstolz. Russland inszeniert sich dabei gern als Führer eines Bündnisses starker, traditionsbewusster Staaten gegen schwache Demokratien, wie Applebaum bemerkt.

„Anne Applebaum zeigt,
wie viel Schaden
Autokrat*innen anrichten
können, wenn sie
pragmatisch
zusammenarbeiten, um ihr
Ziel zu erreichen: die
Beschädigung der
Demokratie und ihrer
Werte – im eigenen Land
und weltweit.“

Um das autokratische Narrativ durchzusetzen, werden massenhaft Falschinformationen verbreitet. Ob in Putins Russland, Maduros Venezuela, Musevenis Uganda oder Trumps Amerika – Politiker*innen lügen fortwährend und unverhohlen, dokumentiert Applebaum. Werden ihre Lügen entlarvt, versuchen sie gar nicht erst, Gegenargumente zu präsentieren. Ihre Strategie ist es, den öffentlichen Diskurs so mit Desinformationen und Ablenkungen zu überfluten, dass es kaum mehr möglich ist, Fakten von Fiktionen zu unterschei-

den. Der frühere Trump-Berater Steve Bannon hat dafür die Wendung „flood the zone with shit“ geprägt.

MEDIALE PROPAGANDA

Autokrat*innen investieren massiv in Auslandsmedien und Trollfarmen, um die Debatte in ihrem Sinne zu lenken. Beispielsweise verbreitet der russische Sender RT seine Propaganda in sozialen Netzwerken sowie über gefälschte Websites und betreibt auch mehrere Büros auf dem afrikanischen Kontinent. In Nairobi beschäftigt er etwa Journalist*innen aus der Region, um die Programme in Landes- und Weltsprachen zu verbreiten.

Auch chinesische Nachrichtenagenturen wie Xinhua, das China Global Television Network (CGTN), China Radio und das Internetportal China Daily werden großzügig vom Staat finanziert und unterhalten mehrsprachige Kanäle in den sozialen Medien, wie Applebaum darlegt. Professionell produziert und staatlich subventioniert, sind sie günstiger als westliche Angebote und stellen China und seine Verbündeten vorteilhaft dar. Hunderte von Nachrichtenanbieter weltweit nutzen ihre Inhalte.

Die afrikanischen Büros von Xinhua und RT sowie der venezolanische TV-Satellitensender Telesur oder der iranische Sender PressTV verbreiten die Weltansicht der Autokrat*innen mit Geschichten und Memes. Diese Erzählungen werden wiederum von (echten und falschen) Netzwerken aufgegriffen und verstärkt, in zahlreiche regionale Sprachen übersetzt und auf lokale Märkte zugeschnitten. Die spanische Version von Iran Press TV – ein Sender, der offen antisemitisch ist und Covid-19 als Produkt einer zionistischen Verschwörung darstellt – ist zwar in Spanien verboten, in Lateinamerika aber überall verfügbar. Al-Alam, die arabische Version von PressTV, verbreitet ebenfalls solche Verschwörungserzählungen, schreibt Applebaum.

Sie bilanziert: Wir erleben eine Welle gezielter Informationswäsche. Faktenchecks und schnelle Reaktionen reichen nicht aus; bis die Korrektur erfolgt, ist die Lüge längst in der Welt.

EINFLUSS AUF WESTLICHE DEMOKRATIEN

Die Informationspolitik der Autokrat*innen zielt darauf ab, weltweit bestehende Gräben zu vertiefen und Unzufriedenheit zu schüren. Sie möchten den Zorn gegen demokratische Staaten anheizen. Verschwörungserzählungen und Falschmeldungen werden auf zahllosen Plattformen gestreut, Algorithmen helfen, sie zu verbreiten. So landen diese Botschaften im globalen Nachrichtengeschehen.

Autokrat*innen kontaktieren zudem gezielt Politiker*innen und Unternehmer*innen in Demokratien, um Unterstützung zu finden. Sie fördern extremistische Stimmen, um Konflikte zu verschärfen und – wo möglich – in Gewalt eskalieren zu

„Autokrat*innen investieren massiv in Auslandsmedien und Trollfarmen.“

lassen, warnt Applebaum. Die Bürger*innen sollen so dazu gebracht werden, Staat und Politik zunehmend zu hinterfragen und an der Demokratie selbst zu zweifeln. Autokrat*innen beobachten Siege und Niederlagen anderer genau und wählen ihre Schritte so, dass maximaler Schaden entsteht.

Sie versuchen auch massiv, Wahlen in demokratischen Ländern zu beeinflussen. Bereits 2016 brachte die von Jewgeni Prigoschin, dem späteren Anführer der russischen Wagner-Gruppe, geleitete Internet Research Agency aus Sankt Petersburg massenhaft gefälschtes Material in Umlauf, um die amerikanischen Wahlen zu manipulieren. Seither ziehen diese Methoden immer weitere Kreise (siehe Sonja Peteranderl in dieser Ausgabe).

GEMEINSAM GEGEN AUTOKRATIEN

Applebaums Buch zeichnet nach, welchen Einfluss Autokrat*innen mittlerweile in unterschiedlichsten politischen, wirtschaftlichen, militärischen und Informationssphären ausüben. Es zeigt, wie viel Schaden sie anrichten können, wenn sie pragmatisch zusammenarbeiten, um ihr Ziel zu erreichen: die Beschädigung der Demokratie und ihrer Werte – im eigenen Land und weltweit.

Der Kampf um Freiheit ist für Applebaum ein Kampf gegen autokratische Verhaltensweisen – grenzüberschreitend, in einer internationalen Allianz. Ihr Buch endet mit der Aufforderung: „Demokraten, vereinigt euch!“

BUCH

Applebaum, A., 2024: Die Achse der Autokraten. Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten. München, Siedler Verlag.



DAGMAR WOLF

ist Redaktionsassistentin bei E+Z.

euz.editor@dandc.eu



Foto: dpa / Hans Lucas / Martin Bertrand

Im Netz grassieren Desinformation und Fake News, und digitale Medienkompetenz ist nötiger denn je.

TECHNOLOGIE UND ETHIK

„Datenkompetenz bedeutet, Menschen zu informierten, aktiven Bürger*innen zu machen“

Irene Mwendwa ist Geschäftsführerin der zivilgesellschaftlichen Organisation Pollicy, einem feministischen Kollektiv mit Afrika-Fokus an der Schnittstelle von Daten, Design und Technologie. In diesem Interview schildert sie ihre Vision von einem ethischen Umgang mit Technologie und spricht über ihre Erfahrungen im Kampf gegen Desinformation und für das Empowerment von Menschen – insbesondere Frauen – aus Afrika, damit sie sich gegen ungerechte politische Maßnahmen wehren können.

Was sind die aktuellen Herausforderungen für Kenia und den Globalen Süden hinsichtlich Desinformation und künstlicher Intelligenz (KI)?

In Kenia und weiten Teilen des Globalen Südens verbreitet sich Desinformation schnell – besonders auf Plattformen wie Facebook oder TikTok, deren Algorithmen die spektakulärsten Inhalte belohnen. Wegen der geringen digitalen Kompetenz und der begrenzten Überprüfung von Fakten in lokalen Sprachen wie Kiswahili oder Sheng bleiben falsche Narrative oft unentdeckt. Das kann sogar ethnische Spannungen schüren oder Wahlen beeinflussen. Bei der KI haben wir es mit Hilfsmitteln zu tun, die auf verzerrten Datensätzen basieren. Sie bilden die afrikanische Realität nicht ab, was zum Beispiel zu einer Gesichtserkennungstechnologie führt, die sich mit dunkleren Hauttönen schwertut. Hinzu kommen unzureichende KI-Vorschriften und Praktiken der Datengewinnung – beispielsweise werden Gigarbeiter*innen in Nairobi, die globale KI-Systeme trainieren, unterbezahlt. Wir haben also ganz offensichtlich nicht nur ein technisches Problem, sondern auch ein Gerechtigkeitsproblem.

Warum ist Datenkompetenz so entscheidend, um die Auswirkungen von Desinformation einzugrenzen?

Datenkompetenz ermöglicht es den Menschen, innezuhalten, zu hinterfragen und zu überprüfen, statt einfach auf „Teilen“ zu klicken. Sie hilft Gemeinschaften, zu verstehen, wie Daten verdreht oder missbraucht werden können – sei es beim Erkennen eines Deepfakes oder beim Aufzeigen von verzerrten Statistiken. Noch wichtiger ist, dass sie das Selbstvertrauen stärkt, Plattformen oder politische Maßnahmen zu hinterfragen, die den Menschen nicht dienlich sind. Das hat sich deutlich bei Pollicy-Initiativen gezeigt, wie etwa unserem Kartenspiel „Digital Safe Tea“, das diese Konzepte besonders für Jugendgruppen und lokale Gemeinschaften zugänglich und ansprechend macht.

Warum lässt sich Datenkompetenz so schwer auf breiter Basis fördern – vor allem im Globalen Süden?

Es ist schwierig, weil viel dagegen arbeitet. Viele Schulen haben keinen ausreichenden Internetzugang und keine zeitgemäßen Lehrpläne. In ländlichen Gebieten haben vor allem Mädchen oft kaum Zugang zu digitalen Werkzeugen. Hinzu kommt die Sprachhürde – viele Angebote sind auf Englisch oder Französisch, was große Teile der Bevölkerung ausschließt. Zudem sitzt das Misstrauen gegenüber Institutionen tief. Das lässt sich mit der langen Geschichte der Ausbeutung erklären.

Gibt es denn Beispiele, in denen Datenkompetenz wirklich etwas bewirkt hat?

Auf jeden Fall. Besonders hervorzuheben ist die Afrofeminist Internet Scorecard von Pollicy. Sie ermöglichte es afri-

„Wenn die Menschen verstehen, wie Daten ihr Leben prägen – von der Kreditvergabe bis hin zu den Inhalten, die sie im Internet angezeigt bekommen –, können sie ihre Meinung äußern, sich organisieren und besser Forderungen stellen.“

kanischen Frauen aus sieben Ländern und LGBTQ+-Gemeinschaften, zu bewerten, wie sie auf digitalen Plattformen behandelt werden. Das führte zu echten politischen Diskussionen in Ländern wie Uganda und Kenia. Eine andere spannende Initiative ist das Voice Data Literacy Training Program, das auf Capacity Building setzt und einen praxisnahen Kurs anbietet, der jungen Leuten grundlegende Datenkompetenzen vermittelt. Sie lernen in diesem kostenlosen Kurs, Daten effektiv zu sammeln, zu analysieren und zu visualisieren – mit Programmen wie Microsoft Excel und Google Sheets. Das ist besonders wirkungsvoll, weil es den jungen Teilnehmenden ermöglicht, professionelle Policy Briefs zu erstellen und Forschungsergebnisse klar und deutlich an Entscheidungsträger*innen zu kommunizieren. Um den Lernprozess zu unterstützen, erhalten die Teilnehmenden Zugang zu realen Datensätzen.

Was hat das alles mit Bürgerbeteiligung und integrativem Engagement zu tun?

Datenkompetenz bedeutet im Kern, Menschen zu informieren, aktiven Bürger*innen zu machen. Wenn sie verstehen, wie Daten ihr Leben prägen – von der Kreditvergabe bis hin zu den Inhalten, die sie im Internet angezeigt bekommen –, können sie ihre Meinung äußern, sich organisieren und besser Forderungen stellen. Diese Art von Engagement ist für eine integrative Regierungsführung sehr wichtig. Projekte wie das Dear Tech Diary von Pollicy zeigen, wie viel es bringt, Stimmen aus dem Alltag in Gespräche über Technologie und Rechenschaftspflicht einzubeziehen.

Welche Rolle können Entwicklungsorganisationen wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bei der Förderung integrativer digitaler Ökosysteme spielen, und wie können sie sicherstellen, dass im KI-Zeitalter niemand abgehängt wird?

Organisationen wie das UNDP können viel verändern, indem sie Innovationen an der Basis finanzieren und sich auf

lokale Fachleute verlassen. Die Arbeit von Pollicy ist ein sehr gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn Gemeinschaften Führungsverantwortung übernehmen und sich an der gemeinsamen Entwicklung von Ressourcen wie dem Africa Data Governance Knowledge Hub beteiligen, die auf reale Bedürfnisse zugeschnitten sind. Neben der Finanzierung sollten Entwicklungsorganisationen sicherstellen, dass Frauen, Jugendliche und ländliche Gemeinschaften nicht nur in die Politikgestaltung einbezogen werden, sondern im Mittelpunkt stehen. Sie haben auch die Macht, auf globale Standards zu drängen, bei denen der Mensch an erster Stelle steht – nicht Gewinne oder technische Effizienz.

„Es fängt mit der Frage an, wer Daten gestalten darf. Warum nicht Gemeinschaften in die Erstellung und Überprüfung von Datensätzen einbeziehen, statt einfach Inhalte ohne Zustimmung auszulesen?“

Wie sollten KI-Systeme trainiert werden, um unterschiedliche Realitäten widerzuspiegeln? Und welche Rolle spielen Datenqualität und -darstellung?

Es fängt mit der Frage an, wer Daten gestalten darf. Warum nicht Gemeinschaften in die Erstellung und Überprüfung von Datensätzen einbeziehen, statt Inhalte ohne Zustimmung auszulesen? Das haben wir von Pollicy in unserer Arbeit mit Gigworker*innen und digitalen Arbeitnehmer*innen durch unser Fair Digital Kazi Manifesto betont. Qualität ist wichtiger als Quantität: Ein KI-System, das an 1000 verschiedenen, gut dokumentierten Beispielen trainiert wurde, ist besser als eines auf Basis von 10.000 zufälligen Beispielen. Auch Lokalbezug ist entscheidend: Eine KI, die Kisuaheli-Slang oder regionale Eigenheiten versteht, wird immer besser abschneiden als generische globale Modelle. Und vergessen wir nicht den Aspekt der Kontrolle: Die Zivilgesellschaft muss mit am Tisch sitzen, damit es fair und transparent zugeht.

Das UNDP und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) haben die Hamburg Declaration on Responsible AI for the SDGs aufgesetzt. Die Erklärung bringt Entscheidungsträger*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, um sicherzustellen, dass KI fair, inklusiv und nachhaltig eingesetzt wird. Sie wird auf der Hamburg Sustainability Conference im Juni 2025 verabschiedet, zu der auch Sie als Sprecherin eingeladen sind. Wie beurteilen Sie die Erklärung hinsichtlich ethischer und nachhaltiger KI?

Die Werte hinter der Hamburg Declaration – Menschenwürde, Inklusivität, Nachhaltigkeit – passen gut zu Pollicys feministischer Vision für ethische Technologie. Aber solche Erklärungen werden nur dann ihrem Anspruch gerecht, wenn sie vor Ort tatsächlich etwas verändern. Das bedeutet: die Stimmen des Globalen Südens bei der Politikgestaltung in den Mittelpunkt zu stellen, Rechenschaft über Datenausbeutung in der Vergangenheit abzulegen und Wege zu entwickeln, um die Auswirkungen – nicht nur die technologische Leistung – durch eine intersektionale Brille zu betrachten. Der Ansatz von Pollicy, Machtstrukturen zu überdenken und Fürsorge in den Mittelpunkt zu stellen, ermöglicht eine praktische Umsetzung dieser Grundsätze.

LINKS

pollicy.org

bmz-digital.global/en/hsc/



IRENE MWENDWA

ist Juristin und Geschäftsführerin der zivilgesellschaftlichen Organisation Pollicy. Sie berät Regierungen, zivilgesellschaftliche Akteure und multilaterale Organisationen zu digitaler Integration, Wahlen und Technologiepolitik.

info@pollicy.org

An diesem Interview hat Irene Mwendwa Kollegin Maureen Kasuku mitgewirkt.

Foto: dpa / newscom / Maya Vidon-White



Die philippinische Journalistin und Nobelpreisträgerin Maria Ressa setzt sich für Meinungsfreiheit ein.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN

Gegen die Instrumentalisierung von Anti-Fake-News-Gesetzen

In Süd- und Südostasien nutzen einige Regierungen Gesetze zur vorgeblichen Bekämpfung von Fake News dazu, kritische Stimmen zu unterdrücken. Die Zivilgesellschaft wehrt sich allerdings erfolgreich gegen derartige Angriffe auf die Meinungsfreiheit. Beide Lager haben unterschiedliche Strategien, um ihre Ziele zu erreichen, wie eine Untersuchung des Leibniz-Instituts für Globale und Regionale Studien (GIGA) zeigt.

VON SANGEETA MAHAPATRA, JANJIRA SOMBATPOONSIRI UND ANDREAS UFEN

Desinformation ist nicht mehr nur eine Frage der Kontrolle von Information und Manipulation der öffentlichen Wahrnehmung. Inzwischen nutzen mächtige Regierungen sogar den vermeintlichen Kampf dagegen zunehmend als Instrument der Unterdrückung.

Zwischen 2011 und 2022 führten laut Statista 78 Regierungen weltweit Gesetze gegen Falschinformation, Desinformation und Fehlinformation ein – vorgeblich, um Fake News zu bekämpfen (wir verwenden Fake News hier als Oberbegriff für Desinformation und andere falsche oder irreführen-

de Informationen). Tatsächlich aber nutzen illiberale Regierungen diese Gesetze oft als Instrumente, um damit kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und die politische Opposition zu unterdrücken.

In Süd- und Südostasien, wo mehr als 1,6 Milliarden Menschen das Internet nutzen, ist dieser Trend alarmierend – das zeigt eine Studie, mittels der wir untersucht haben, wie solche Rechtsakte missbraucht werden. Wir sprechen von „Anti-Fake-News-Gesetzgebung“ (AFNL – Anti-Fake News Lawfare). Unsere Auswertung von Archivmaterial, Nachrichten und Interviews mit relevanten Quellen ergab mindestens 239 AFNL-Fälle zwischen 2018 und 2024 in Bangladesch, Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand und auf den Philippinen. Betroffen waren Medienschaffende, Akademiker*innen und Aktivist*innen, die in digitalen Räumen arbeiten und ihre Meinung äußern.

MUSTER DER ANTI-FAKE-NEWS-GESETZGEBUNG

Während unserer Recherchen zeigten sich mehrere Muster beim Einsatz von AFNL in dieser Weltregion:

1. Fake-News-Gesetze sind oft vage formuliert. Dies gibt staatlichen Vertreter*innen viel Spielraum bei der Definition von Desinformation; Kritik an der Regierung kann ebenso darunterfallen wie Oppositionsarbeit. Widerspruch wird so als „Desinformation“ kriminalisiert, die angeblich die Stabilität der Regierung, die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit bedroht.
2. In der Folge wird AFNL häufig im Zusammenhang mit Straf- und Sicherheitsgesetzen angewandt, besonders von Sicherheitskräften.
3. Andersdenkende sind oft heftigen Anschuldigungen ausgesetzt. Das zwingt sie dazu, viel Zeit, Energie und Ressourcen für langwierige juristische Auseinandersetzungen aufzuwenden.
4. Meist geht es um Beiträge auf Facebook, YouTube und X (ehemals Twitter). Absurderweise wurden so gerade Social-Media-Plattformen, die viele als zentral für politische Meinungsäußerung und demokratische Teilhabe erachten, zu Orten der Unterdrückung.
5. AFNL werden extrem parteiisch durchgesetzt. Regierungstreue, denen vorgeworfen wird, Desinformationen im Internet zu verbreiten, werden oft geschützt. Wer die Regierung dagegen kritisiert, muss mit harten Strafen rechnen.
6. Während der Corona-Pandemie instrumentalisierten Regierungen Fake-News-Gesetze zunehmend. Die Behörden nutzten sie immer öfter dazu, jene einzuschüchtern, die ihre

politischen Maßnahmen in Frage stellten. Regierungen beriefen sich während der Pandemie auf Notstandsbefugnisse, um mittels AFNL Meinungsäußerungen zu überwachen.

7. Durch AFNL haben Regierungen mehr Einfluss auf Online-Plattformen. In wichtigen Märkten wie Indien und Indonesien haben die Regierungen Unternehmen unter Druck gesetzt, damit sie Userdaten weitergeben und Inhalte im Rahmen von Verordnungen wie den indischen IT Rules 2021 und der indonesischen Ministerial Regulation 5 entfernen. Sie haben es geschafft, das digitale Spielfeld stark zu ihren Gunsten zu verändern.

„Auf den Philippinen nutzte die Journalistin und Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa ihr ‚Reputationsskapital‘, um in- und ausländische Unterstützung zu gewinnen. Sie machte aus rechtlichen Einschüchterungen eine Kampagne gegen AFNL.“

STRATEGIEN GEGEN ANTI-FAKE-NEWS-GESETZGEBUNG

Unsere Untersuchungen zeigen aber, dass trotz dieser besorgniserregenden Trends der Widerstand in der Zivilgesellschaft wächst. Zu den diversen Strategien, die sich im Kampf gegen AFNL als wirksam erwiesen haben, gehören rechtliche Schritte, Advocacy, Ressourcenmobilisierung, Kapazitätsaufbau und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Zusammenarbeit mit politisch Verantwortlichen und Partnern über Grenzen hinweg. Diese Strategien teilen ein Grundverständnis: AFNL zu bekämpfen bedeutet, gegen die rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen „Kosten“ anzugehen, die die Zivilgesellschaft daran hindern, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Kurzfristige Reaktionen auf AFNL sind unter anderem die Erweiterung kostenloser Rechtshilfe für betroffene Aktivist*innen, Medienschaffende und Organisationen. Netzwerke von Menschenrechtsanwält*innen spielen in ihren jeweiligen Ländern eine wichtige Rolle; sie versuchen verstärkt, die Zusammenarbeit in der gesamten Region auszuweiten. Dazu zählen die Thai Lawyers for Human Rights, das indonesische Legal Aid Institute, die Lawyers for Liberty in Malaysia, die Free Legal Assistance Group auf den Philippinen und das Centre for Social Justice in Indien.

Auch arbeiten Anwält*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in Asien zusammen, um gezielt die staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Verfahren in ihrem Land zu nutzen. In Ländern mit einer gewissen Unabhängigkeit der Justiz, wie in Indien und auf den Philippinen, versucht die Verteidigung zu erwirken, dass Verfahren bereits im Stadium der Anklage eingestellt werden, um kostspielige, langwierige Prozesse zu vermeiden. Das hilft vor allem Medienschaffenden und politisch Aktiven mit geringen finanziellen Mitteln.

Neben den juristischen Bemühungen haben verschiedene Gruppen Gelder für Betroffene von AFNL gesammelt. Organisiertes Fundraising erlaubt es Gruppen, Gelder für Kautionen, Anwaltskosten und sonstige prozessbezogene Ausgaben besser zu verwalten und die finanzielle Belastung abzuschwächen, die langwierige juristische Auseinandersetzungen mit sich bringen.

ÖFFENTLICHE AUFMERKSAMKEIT ERREGEN

Außerhalb des Gerichtssaals nutzen Aktivist*innen und Medienschaffende innovative Taktiken, um die Öffentlichkeit auf AFNL aufmerksam zu machen und politische Gegenreaktionen zu erzeugen. Auf den Philippinen etwa nutzte die Journalistin und Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa ihr „Reputationskapital“, um in- und ausländische Unterstützung zu gewinnen. Sie machte aus rechtlichen Einschüchterungen eine Kampagne gegen AFNL.

Auch strategische Rechtsstreitigkeiten und Verfassungsbeschwerden sind effektiv. In Indien etwa stoppte der Oberste Gerichtshof im März 2024 den Aufbau einer Fact-Checking-Einheit durch die Regierung. Zuvor hatten die Editors Guild of India und der Komiker Kunal Kamra geltend gemacht, dass dies eine Verletzung der Rede- und Pressefreiheit darstelle. Der Gerichtshof warnte davor, dass staatliche Fact-Checking-Einheiten Andersdenkende abschrecken könnten.

Das indonesische Verfassungsgericht erklärte 2024 einen Artikel des Strafgesetzbuchs und zwei Artikel des Gesetzes Nr. 1/1946 zur Regelung des Strafrechts – alle im Zusammenhang mit Falschinformationen – für verfassungswidrig. In Malaysia wurde das berüchtigte Anti-Fake-News-Gesetz von 2018 aufgehoben, nachdem die Oppositionsparteien die Parlamentswahlen im selben Jahr gewonnen hatten. Anfang 2025 verabschiedete das malaysische Unterhaus einen Gesetzentwurf zur Einrichtung des Malaysian Media Council – eines unabhängigen Gremiums aus 21 Vertreter*innen von Medienunternehmen, Medienverbänden und anderen Interessengruppen. Der Rat wird als wichtiger Schritt zur Reform des Rechtsrahmens für die Meinungs- und Medienfreiheit angesehen. In ähnlicher Weise haben hartnäckige Kampagnen der Zivilgesellschaft auf den Philippinen die

Abgeordneten des Unter- und des Oberhauses dazu gebracht, im Jahr 2022 Gesetzentwürfe zur Entkriminalisierung von Verleumdungen im Internet einzubringen, gefolgt von einer Verordnung des Obersten Gerichtshofs im Jahr 2023, die die Entkriminalisierung unterstützt.

ALTERNATIVEN ZU RESTRIKTIVER GESETZGEBUNG

Um gegen AFNL vorzugehen, braucht es zivilgesellschaftliche Alternativen zu restriktiven Gesetzen. Faktencheck-Organisationen wie Cofact in Thailand, AltNews in Indien, BD Fact-Check in Bangladesch oder JomCheck in Malaysia tragen dazu bei, indem sie gegen Desinformation vorgehen und Informationskompetenz fördern. Unterstützt werden solche Bemühungen von Forschenden und zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen, die analysieren, wie Gesetze einseitig durchgesetzt und Inhalte manipuliert werden. Dank ihnen gibt es immer mehr umfassende Strategien zum Schutz der Integrität von Informationen.

In Süd- und Südostasien stehen zivilgesellschaftliche Aktivist*innen letztlich zwischen illiberalen Regierungen und mächtigen Technologieunternehmen. Sie profitieren zwar von einem gesteigerten öffentlichen Bewusstsein für digitale Unterdrückungstaktiken, aber sie brauchen auch dringend mehr nationale und internationale Unterstützung, um die Informationsvielfalt zu schützen und demokratische Institutionen zu stärken.

LINK

Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA): Anti-Fake News Lawfare (AFNL) fakenewslawfare.com



SANGEETA MAHAPATRA

ist Research Fellow am Institut für Asien-Studien des Leibniz-Instituts für Globale und Regionale Studien (GIGA).

sangeeta.mahapatra@giga-hamburg.de



JANJIRA SOMBATPOONSIRI

ist Research Fellow am GIGA-Institut für Asien-Studien.

janjira.sombatpoonsiri@giga-hamburg.de



ANDREAS UFEN

ist Senior Research Fellow am GIGA.

andreas.ufen@giga-hamburg.de

HASSREDE

Ökosystem des Hasses

Die BJP ist in Indien seit mehr als zehn Jahren an der Macht. Das Ziel der rechtsgerichteten Partei ist es, einen Staat mit Hindu-Mehrheit zu errichten. Das hat zu einer massiven Zunahme von Hassreden, gefolgt von Verbrechen gegen Minderheiten, geführt – insbesondere gegen muslimische Menschen.

VON SUPARNA BANERJEE

Foto: dpa / Sipa USA / Hindustan Times

Premierminister Narendra Modi (Mitte) mit dem Regierungschef von Uttar Pradesh, Yogi Adityanath (links), während einer Wahlkampftour in Ayodhya zur Unterstützung des BJP-Kandidaten Lallu Singh (rechts).

Die Strategie und der Aktionsplan der Vereinten Nationen gegen Hassrede definieren Hassrede als „jede Art von Kommunikation in Wort, Schrift oder Verhalten, die Personen oder Gruppen angreift oder eine abwertende oder diskriminierende Sprache verwendet, bezogen darauf, wer sie sind – also wegen ihrer Religion, ethnischen Herkunft, Nationalität, „race“, Hautfarbe, Abstammung, ihres Geschlechts oder anderer Identitätsmerkmale“.

Das indische Rechtssystem tut sich allerdings schwer, ein Gleichgewicht zwischen Hassreden und Meinungsfreiheit zu finden. So heißt es etwa im 267. Bericht der Law Commission of India: „Hassrede ist eine Äußerung, die sich dazu eignet, andere aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu verunsichern oder zu beleidigen oder Feindseligkeit gegen sie zu schüren. Es gibt keine allgemeingültige rechtliche Definition von Hassrede, vielleicht aufgrund der Befürchtung, dass eine standardisierte Festlegung dessen, was unzulässige Äußerungen sind, die Freiheit einschränken könnte.“ Somit unterbinden die indischen Rechtsinstitutionen die Verbreitung von Hassrede nicht ausreichend und erschweren die strafrechtliche Verfolgung.

Hassrede breitet sich in Indien folglich auf höchster Ebene aus. Einige Beispiele für Wahlkampfreden von Premierminister Narendra Modi und anderen führenden BJP-Politikern belegen das:

- Während einer Rede in Barabanki, Uttar Pradesh, im Mai des vergangenen Jahres machte Modi falsche Behauptungen über die politische Opposition und deutete an, dass diese beabsichtige, den neu eröffneten Ram-Tempel zu beschädigen, der umstrittenerweise auf dem Gelände einer abgerissenen historischen Moschee in Ayodhya errichtet worden war. Er machte deutlich, dass das Oppositionsbündnis, falls es an die Macht käme, „Lord Ram ins Zelt zurückschicken und den Tempel mit Bulldozern zerstören“ würde.
- Yogi Adityanath, Regierungschef von Uttar Pradesh, nutzte 2024 wiederholt den Slogan „Batenge toh katenge“ (frei übersetzt: „Wenn wir uns spalten, werden wir aufgeschnitten/zerstört“) – vor allem bei Aufrufen zur Hindu-Einheit, die nach Ansicht von Vertreter*innen der BJP beispielsweise durch muslimische Minderheiten untergraben werde. Er wurde auch in Verbindung mit Angriffen auf Hindus in Bangladesch verwendet und wenn vor einer inneren Spaltung Indiens gewarnt wurde. Die Opposition warf Adityanath vor, selbst zur Spaltung beizutragen und Hass gegen Minderheiten anzustacheln.

- Innenminister Amit Shah sagte auf einer Wahlkundgebung in Jharkhand: „Eindringlinge reißen Land an sich, indem sie unsere Töchter heiraten. Wir werden Gesetze einführen, um die Übertragung von Land an Eindringlinge zu verhindern, wenn diese Frauen aus ethnischen Gruppen heiraten.“ Mit „Eindringlinge“ sind Menschen muslimischen Glaubens gemeint.

Laut einem Bericht des India Hate Lab (IHL) mit Sitz in Washington aus dem Jahr 2024 hielten diese drei Männer die meisten Hassreden: der Regierungschef von Uttar Pradesh, Adityanath (86 Vorfälle), Premierminister Modi (67 Vorfälle) und Innenminister Shah (58 Vorfälle).

Nach Angaben des IHL stieg die Zahl der Hassreden bei Wahlkampfveranstaltungen im Vorfeld der Wahl 2024 mit 1165 registrierten Fällen um 74 %. Dabei richteten sich 98,5 % der erfassten Fälle von Hassrede gegen muslimische Menschen.

„Angesichts der Zunahme von Hassrede und Hassverbrechen sind verschiedene Organisationen und Initiativen entstanden, die gegen diese Probleme vorgehen.“

Seit 2014 hat die BJP drei Wahlen hintereinander gewonnen, und Modi befindet sich derzeit in seiner dritten Amtszeit als Premierminister. Zuvor war er Regierungschef von Gujarat gewesen, wo ihm vorgeworfen wurde, die Ausschreitungen zwischen Religionsgemeinschaften im Jahr 2002 geduldet oder sogar inszeniert zu haben. Später wurde er jedoch von allen Vorwürfen freigesprochen. Die Kernideologie der BJP basiert auf Hindutva, der politischen Instrumentalisierung des Hinduismus zur Förderung der Vorherrschaft der Hindus. Die BJP hat diese Ideologie von ihrer Mutterorganisation Rashtriya Swayamsevak Sangh, einer freiwilligen paramilitärischen Organisation der hinduistischen Rechten, übernommen.

Um eine überwiegend hinduistische Nation zu errichten, müssen Minderheiten ausgegrenzt werden. Diese Ausgren-

zung kann verschiedene Formen annehmen, etwa strukturelle Diskriminierung, Gewalt und Hass. Hassreden sind ein wirksames Mittel zur Dämonisierung von Minderheiten. Sie gehen von den Machthabenden aus und verankern sich allmählich in verschiedenen Systemen und Schichten der Gesellschaft. Das Hauptziel von Hassreden ist es, die Zielgruppen zu marginalisieren und zu schädigen und ein Klima der Angst und Spaltung zu schaffen.

REDEN WERDEN VERBRECHEN

Hassreden tragen massiv zum Anstieg von Hassverbrechen bei. Dabei handelt es sich um Straftaten, die durch Vorurteile gegenüber der vermeintlichen Zugehörigkeit eines Opfers zu einer bestimmten sozialen Gruppe motiviert sind. Wenn einflussreiche Personen oder Organisationen Hassreden verbreiten, legitimieren sie Vorurteile und schaffen ein Umfeld, das Gewalt gegen bestimmte Gruppen normalisiert. Das kann – wie in Indien mehrfach beobachtet wurde – dazu führen, dass diskriminierende Handlungen, körperliche Angriffe, Vandalismus und auch Massengewalt zunehmen.

„Wenn einflussreiche
Personen oder
Organisationen
Hassreden verbreiten,
legitimieren sie
Vorurteile und schaffen
ein Umfeld, das Gewalt
gegen bestimmte
Gruppen normalisiert.“

Äußerungen, die eine Gemeinschaft entmenslichen oder dämonisieren, können Spannungen verschärfen, zu Unruhen und Verlust von Eigentum führen und Menschenleben kosten. Es entsteht ein Ökosystem, das Täter*innen schützt und jene bestraft, die ihnen die Stirn bieten. So ehrte Jayant Sinha, ein damaliger Minister, 2018 acht Männer, die nach ihrer Verurteilung wegen Lynchmords an einem muslimischen Mann auf Kautionsfreigabe freigelassen worden waren, mit einer Blumengirlande. Darüber hinaus wurde ein 65-jähriger Aktivist namens Parwez Parvaz, der gegen Regierungschef Adityanath wegen angeblicher Hassreden, die zu den Un-

ruhen geführt hatten, Klage eingereicht hatte, wegen Gruppenvergewaltigung verurteilt. Verschiedene Medien äußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Urteils.

Angesichts der Zunahme von Hassrede und Hassverbrechen sind verschiedene Organisationen und Initiativen entstanden, die gegen diese Probleme vorgehen und sozialen Zusammenhalt fördern wollen. Nennenswert sind hierbei:

- Die Initiative „Hindutva Watch“. Sie konzentriert sich darauf, Hassreden und Gewalt, die unter dem Deckmantel der Hindutva stattfinden, zu dokumentieren und aufzudecken. Ihr Ziel ist es, Täter*innen zur Rechenschaft zu ziehen und das Bewusstsein für die Folgen derartiger Rhetorik zu schärfen.
- Die bereits erwähnte IHL ist eine Forschungs- und Interessengruppe, die Trends bei Hassreden und deren Zusammenhänge mit Hassverbrechen analysiert. Sie liefert datengestützte Erkenntnisse, die in politische Entscheidungsfindung und den öffentlichen Diskurs einfließen.
- „Halt the Hate“ ist eine Kampagne von Amnesty International, die darauf abzielt, Vorfälle von Hassverbrechen in Indien zu verfolgen und zu melden. Das Projekt will Opfer unterstützen, sich für Gerechtigkeit einsetzen, und die Behörden auffordern, entschieden gegen Hassreden und Gewalt vorzugehen.

Öffentliche Erklärungen und Reden von politischen Leitfiguren, einschließlich Premierminister Modi, wurden bisweilen als indirekte Billigung oder Nichtverurteilung von Hassreden angesehen und ermutigten Einzelpersonen und Gruppen dazu, solche Ansichten offener zu äußern. Raqib Hameed Naik, Gründer von Hindutva Watch und Mitglied der IHL, sagt: „Das Phänomen des sektiererischen Hasses ist keine neue Entwicklung in diesem Land. Es manifestiert sich jedoch in einer subtileren Form. Es wurde festgestellt, dass eine Leitfigur notwendig ist, um gesellschaftliche Unruhen zu schüren und bereits bestehende Spaltungen zu verschärfen. Dies hat dazu geführt, dass indische Muslim*innen in ihrem eigenen Land an den Rand der Gesellschaft gedrängt und zu Menschen zweiter Klasse degradiert wurden.“



SUPARNA BANERJEE

ist Associate Fellow am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (Peace Research Institute Frankfurt, PRIF).

mail.suparnabanerjee@gmail.com

MEDIENKOMPETENZ

„Bleiben Sie nicht in einer Filterblase“

Finnland ist seit Jahren weltweit führend beim Thema Medienkompetenz. Schon Kinder im Kindergartenalter werden auf die Desinformation vorbereitet, die ihnen im Internet begegnen wird. Wir sprachen mit Kari Kivinen, dem Bildungsexperten des Amts der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO). Als ehemaliger Schulleiter in Helsinki hat er die finnische Medienkompetenzerziehung mitgestaltet.

KARI KIVINEN IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH



Foto: Adobe

Junge Menschen beziehen ihre Informationen von Plattformen wie TikTok, Snapchat und WhatsApp.

Weltweit fordern Fachleute bessere Medienkompetenz, um gegen die Verbreitung von Fake News anzugehen. Während in vielen Ländern wenig passiert ist, hat Finnland tatsächlich etwas unternommen: 2014 wurde Medienkompetenz in den nationalen Lehrplan für Schüler*innen aller Altersstufen aufgenommen. Wie haben Sie es geschafft, so entschlossen zu handeln?

Das hat mit dem finnischen Bildungssystem zu tun, das in vielerlei Hinsicht einzigartig ist. Wir schwimmen gegen den weltweiten Trend im Bildungswesen, der sich auf Kernfächer, Wettbewerb und Kontrolle konzentriert. Wir legen mehr Wert auf allgemeine Kompetenzen als auf prüfbares Wissen. Diese Kompetenzen sind im nationalen Lehrplan festgehalten, der regelmäßig aktualisiert wird.

Die Leistungen der finnischen Schüler*innen liegen durchweg über dem OECD-Durchschnitt, das sozioökonomische Gefälle hingegen ist schwächer. Können Sie mir mehr über das finnische Bildungssystem erzählen?

Jedes Kind in Finnland hat das Recht auf kostenlose, hochwertige Bildung, unabhängig davon, wo es lebt. Wir haben ein einheitliches, umfassendes Schulsystem, um sicherzustellen, dass jedes Kind die gleiche Bildung und die gleichen Chancen erhält. Es soll keine Barrieren geben. Die Schüler*innen erhalten kostenlos Mahlzeiten und Bücher und werden kostenlos zur Schule befördert. Da der Lehrberuf sehr beliebt ist, können sich die Universitäten die besten

Kandidat*innen aussuchen. Auch herrscht in den Schulen viel Vertrauen, denn Schulleitungen und Lehrkräfte überprüfen die Qualität des Unterrichts selbst, statt sie extern überprüfen zu lassen. Ich war selbst Schulleiter in Finnland – wir nehmen diesen Aspekt unserer Arbeit sehr ernst.

Was war 2014?

Der neue nationale Kernlehrplan wurde eingeführt und Multiliteralität zu einem der sogenannten „transversalen Bildungsbereiche“ erklärt. Das bedeutet: Jede Lehrkraft muss diese Kompetenz in allen Altersgruppen fördern, egal ob im Sport-, Englisch- oder Mathematikunterricht.

Multiliteralität ist definiert als die Fähigkeit, Informationen zu beschaffen, zu verarbeiten und zu überprüfen. Warum hat das eine so hohe Priorität?

In Finnland gilt Medien- und Informationskompetenz als grundlegend für die Demokratie. Sie wird nicht nur von Schulen, sondern auch von Bibliotheken, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen des lebenslangen Lernens gefördert. Und wir fördern diese Fähigkeit von klein auf, denn die meisten Kinder im Vorschulalter sind schon mit digitalen Medien in Berührung gekommen: Sie haben Filme und Werbung gesehen, Musik gehört, und manche haben Computerspiele gespielt. Wir wollen ihnen zeigen, wie sie digitale Medien auf ausgewogene und zivilisierte Weise nutzen können.

Kinder im Vorschulalter können noch nicht einmal lesen und schreiben. Wie können sie über Medienutzung nachdenken?

Die zentrale Frage zum Erkennen von Desinformation lautet: Ist eine Information wahr oder nicht? Schon kleine

„Nur etwas mehr als die Hälfte der 15-Jährigen in der EU lernt zu unterscheiden, ob eine Information eine Tatsache oder eine Meinung ist. Dabei ist das eine wichtige Voraussetzung, um Fake News zu erkennen: Fakten können verifiziert werden, Meinungen nicht.“



Foto: dpa / Jens Kalaene

Die meisten Kinder kommen heute schon früh mit digitalen Medien in Berührung.

Kinder können lernen, zwischen Fakten und Fiktion zu unterscheiden. Sie können zum Beispiel in der Klasse Märchen lesen und darüber diskutieren, ob die Geschichte wahr sein kann. In manchen Märchen betrügen schlaue Menschen oder Tiere andere. Daraus lässt sich eine weitere Lektion ableiten: Nicht jede Information, die man bekommt, ist wahr, sondern wird vielleicht genutzt, um einem zu schaden.

Das ist sehr interessant – bei diesen Beispielen geht es um Desinformation, aber es hat nichts mit der digitalen Welt zu tun.

Ja, und das ist etwas, was sogar jüngere Kinder sehr gut verstehen. Um Kindern das Konzept der Desinformation zu erklären, formulieren wir es neu: Wir bezeichnen Fehlinformationen als Fehler, Desinformationen als Lügen und Falschinformationen als Klatsch. Kinder sind in ihrem Alltag meist gut vertraut mit Fehlern, Lügen und Gerüchten. Sie lernen, dass nicht alle Informationen stimmen und dass es bedeutsam ist, ob eine Information mit der Absicht verbreitet wird, jemandem zu schaden.

Sie haben zusammen mit der Fakten-Check-Organisation FaktaBaari Unterrichtsmaterialien für Schulen entwickelt. Was empfehlen diese Materialien?

Unser Ziel während des FaktabaariEDU-Projekts war es, die professionelle Überprüfungsmethodik der zivilgesellschaftlichen Organisation auf ein schulisches Umfeld anzuwenden. Wir haben ihre lange Fakten-Check-Liste auf drei Hauptfragen reduziert, die helfen sollen, festzustellen, ob eine Information vertrauenswürdig ist:

1. Wer steht hinter der Behauptung?
Ist die Quelle vertrauenswürdig?
2. Welche Beweise gibt es für die Behauptung?
3. Was sagen andere Quellen darüber?

Wenn man sich nicht sicher ist, ob eine Behauptung stimmt, empfehlen wir, nach anderen Quellen zu suchen, die die Behauptung belegen. Wenn in zuverlässigen Quellen nichts dazu zu finden ist, ist die Behauptung wahrscheinlich falsch. Teilen Sie sie nicht.

Was ist für Sie eine „zuverlässige“ Quelle?

Das ist eine sehr wichtige Frage. Es ist nicht nur wichtig, die Menschen vor Desinformation zu warnen – fast genauso wichtig ist es, ihnen beizubringen, welche Quellen verlässlich sind. Man kann zum Beispiel den meisten wissenschaftlichen Quellen und Qualitätsmedien vertrauen, denn Medienschaffende und wissenschaftlich Arbeitende halten sich an ethische Standards. Heutzutage ist sogar Wikipedia zu einer recht zuverlässigen Informationsquelle geworden, besonders in den wichtigsten Sprachversionen.

Wir empfehlen jedoch, Wikipedia nicht als einzige Quelle zu verwenden, sondern auch andere Quellen zu prüfen.

Studien deuten darauf hin, dass Wikipedia heutzutage, was die Genauigkeit angeht, sogar mit anderen Online-Enzyklopädien vergleichbar ist.

Fehlinformationen werden auf Wikipedia meist ziemlich schnell korrigiert. Das stimmt. Deshalb ist Elon Musk auch so darauf aus, dagegen vorzugehen.

„Es ist nicht nur wichtig,
Menschen vor Desinformation
zu warnen – fast genauso
wichtig ist es, ihnen
beizubringen, welche Quellen
verlässlich sind.“

Im Alltag überprüfe auch ich nicht jede Information, die ich erhalte, weil es einfach nicht machbar ist. Was würden Sie mir empfehlen, um kritisch zu bleiben?

Löst eine Behauptung, ein Bild oder ein Video, auf das Sie online stoßen, eine starke emotionale Reaktion aus, sollten Sie vorsichtig sein: Halten Sie inne, denken Sie nach und prüfen Sie dann! Es gibt viele relativ harmlose Desinformationen im Internet, gefährlich aber sind Bilder oder Behauptungen, die uns emotional berühren. Schockelemente werden strategisch eingesetzt, denn wenn wir Angst haben oder wütend sind, lassen wir uns eher von unserem Instinkt leiten als vom Verstand.

Finnland hat mehrere Jahre in Folge den ersten Platz im Europäischen Medienkompetenzindex belegt. Haben Sie Ihr Ziel erreicht oder gibt es noch mehr zu tun?

Digitale Kompetenz ist ein ehrgeiziges Ziel. Auch wenn wir an oberster Stelle stehen, zeigen Untersuchungen des finnischen CRITICAL-Projekts, dass 40 % der 12-Jährigen in Finnland nicht eindeutig zwischen kommerziellen und redaktionellen Inhalten unterscheiden können. Die meisten Jugendlichen können irreführende Diagramme nicht interpretieren, und fast ein Drittel der Gymnasiast*innen hat Mühe, zu beurteilen, ob Texte glaubwürdig sind. Auch wenn Finnland also im Durchschnitt recht gut abschneidet, klaffen erhebliche digitale Lücken. Vor allem die Heterogenität der

Schüler*innen ist herausfordernd. Zum Beispiel ist es schwieriger, junge Menschen zu erreichen, die nicht fließend Finnisch sprechen und gesonderte Schulbildung erhalten. In Finnland lebt zudem eine große russische Minderheit, die tendenziell russische Medien verfolgt. Es ist aber absolut wichtig für jeden jungen Menschen, über kritische digitale Kompetenzen zu verfügen – erst recht in unserem Zeitalter der Künstlichen Intelligenz. Auch der Aufstieg von TikTok besorgt uns sehr, und wir hoffen, dass wir unseren Kindern beibringen können, damit umzugehen.

Wie wollen Sie das erreichen?

Junge Menschen beziehen ihre Informationen aus anderen Quellen als ihre Lehrkräfte, etwa über TikTok, Snapchat und WhatsApp. Wir müssen diese Kluft schließen. Aber wir können Schüler*innen nicht zwingen, andere Quellen zu nutzen – alles, was wir tun können, ist zu versuchen, Lehrkräfte und Eltern zu schulen, damit sie junge Menschen verstehen.

Sie arbeiten jetzt für die EU beim EUIPO und sind an der Aktualisierung des Referenzrahmens für digitale Kompetenzen beteiligt. Sollten andere europäische Länder dem finnischen Beispiel folgen?

Unser Weg lässt sich nicht einfach so auf andere Länder übertragen, aber die Ziele der EU können als Leitlinie dienen. Die EU verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: Bis 2030 sollen mindestens 80 % der erwachsenen Bevölkerung digital kompetent sein. Digitale Kompetenz bedeutet, dass die Bürger*innen wissen, dass Informationen im Internet Fehlinformationen und Desinformationen enthalten, dass sie gesponserte Inhalte erkennen und Suchergebnisse analysieren können und dass sie bereit sind, zu überprüfen, ob Informationen stimmen. Die EU-Länder sollten Wege finden, diese Fähigkeiten schrittweise in ihre Bildungssysteme einzubringen. Der Bedarf dafür ist enorm: Laut OECD lernt nur etwas mehr als die Hälfte der 15-Jährigen in der EU zu unterscheiden, ob eine Information eine Tatsache ist oder eine Meinung. Dabei ist das eine wichtige Voraussetzung, um Fake News zu erkennen: Fakten können verifiziert werden, Meinungen nicht.

Finnland hat ein solides und gut finanziertes Bildungssystem, was viele andere Länder nicht haben. Was können diese tun, um ihre Bürger*innen auf die Desinformation vorzubereiten, der sie begegnen werden?

Kinder, die viel lesen, können Fake News besser erkennen als ihre Altersgenossen. Deshalb empfehle ich, dass Kinder zuerst richtig lesen und schreiben lernen. Wer nicht fließend lesen kann und sich auf visuelle Informationen von TikTok verlässt, kann Informationen nicht verifizieren. Auch sollten Lehrkräfte schon früh damit anfangen, mit ihren Schüler*innen Informationen aus dem Internet zu bewer-

ten und nicht bis zur Sekundarstufe warten. Aber ich stimme zu, dass es in einigen Ländern sehr schwierig sein kann, Medienkompetenz zu vermitteln.

Zum Beispiel?

Ich habe Lehrkräfte aus den USA ausgebildet. Oft sind die Eltern der Schüler*innen demokratisch oder republikanisch eingestellt, und wenn Lehrkräfte vor Fehlinformationen der einen oder der anderen Seite warnen, fühlen Eltern sich oft beleidigt. Das ist sehr heikel. Die Vermittlung von Medienkompetenz wurde oft an Bibliothekar*innen ausgelagert.

Was ist mit Ländern, in denen Informationen zensiert werden oder die Regierung selbst Interesse daran hat, Desinformationen zu verbreiten?

Informationen sind heutzutage global. Sie müssen bedenken: Finnland hat eine 1340 Kilometer lange, geschlossene Grenze mit Russland. Physisch wird sie nicht überquert, online aber permanent. Fake News sind genauso grenzüberschreitend wie zuverlässige, ausgewogene Informationen. In Ländern mit eingeschränktem Zugang zu unabhängigen Informationen ist es umso wichtiger, dass die Menschen aktiv nach zuverlässigen Quellen suchen. Das Internet ermöglicht es, Informationen aus mehreren Quellen zu ziehen. Das könnte tatsächlich weltweit der Kern von Verifizierung sein: Bleiben Sie nicht in einer Filterblase – versuchen Sie immer, das große Ganze zu sehen.

LINKS

FaktaBaari faktabaari.fi/in-english/

Europäische Kommission: DigComp 2.2 – EU-Referenzrahmen für digitale Kompetenzen (nur auf Englisch)
publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC128415



KARI KIVINEN

ist Bildungsexperte beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) und ehemaliger Generalsekretär des Systems der Europäischen Schulen. Von 2016 bis 2020 war er Leiter der Französisch-Finnischen Schule in Helsinki. Er fördert KI und digitale Kompetenz durch die finnische zivilgesellschaftliche Organisation FaktaBaari, die sich für Faktenprüfung und digitale Informationskompetenz einsetzt.

kivinen.wordpress.com

DIGITALE REFORMEN

Vereinen statt spalten

Obwohl Taiwan Ziel vieler ausländischer Desinformationskampagnen ist, konnte das Land die gesellschaftliche Polarisierung aufhalten. Eine der treibenden Kräfte hinter diesem Prozess war Audrey Tang, Taiwans erste Ministerin für digitale Angelegenheiten und ehemalige Hackerin.

AUDREY TANG IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

Audrey Tangs Reise begann 2014, als in Taiwan Proteste gegen ein geplantes Handelsabkommen mit China aufflammten. Zu der Zeit war sie Computerprogrammiererin und gehörte der Oppositionsgruppe Sunflower Movement an, die demonstrierte und das taiwanesisches Parlament besetzte, bis das Handelsabkommen gestoppt war. Die Bewegung führte zu einem Anstieg der Bürgerbeteiligung in Taiwan und stärkte die Demokratische Fortschrittspartei (DPP), die enge Beziehungen zu China ablehnt. Nach dem Wahlsieg der DPP 2016 lud die Regierung Audrey Tang ein, Ministerin ohne Geschäftsbereich zu werden; von 2022 bis 2024 war sie die erste Ministerin für Digitales des Landes.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 in Taiwan war das Land ausgeklügelten Desinformationskampagnen ausgesetzt. Es wurde eine erhebliche ausländische Einmischung beobachtet, besonders aus China. Dennoch konnten die Auswirkungen eingedämmt werden, und weder die Demokratie noch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Integrität der Wahlen wurden untergraben. Wie war dies möglich?



Foto: Kaii Chiang / CC BY-NC-SA 4.0

Es gab drei Pfeiler, mit denen unser „Information Resilience Ecosystem“ (Ökosystem der Informationsresilienz) diese Angriffe erfolgreich abwehren konnte:

- *Schnell:* Zivilgesellschaftliche und offizielle Kanäle veröffentlichten Richtigstellungen innerhalb der „Goldenen Stunde“ – also ehe sich Gerüchte erhärten konnten.
- *Fair:* Alle großen Plattformen gingen streng gegen gefälschte Konten vor und machten „Know your customer“-Ansätze bei Inseraten zur Pflicht.
- *Lustig:* Memes, die Gerüchten mit Humor begegneten („Humour over rumour“), waren erfolgreicher als die Provokationen, die Wut schürten; und auf Richtigstellungen von Bürger*innen gab es mehr Reaktionen als auf die Falschmeldungen.

„Humor ermöglichte es den Menschen, trotz anfänglicher Meinungsverschiedenheiten oder ideologischer Differenzen konstruktiv zu reagieren und sich in der Krise zu vereinen, statt zu spalten.“

Dadurch, dass die Bürger*innen den Prozess miterlebten, blieb das Vertrauen bestehen: Der Freedom House Index, der den Zugang zu politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten misst, bewertet Taiwan mit 94 von 100. Laut Bertelsmann Transformation Index 2024 nimmt die langfristige Polarisierung in Bezug auf nationale Identität trotz Wahlspitzen ab. 91 % bewerten unser demokratisches System immerhin als „ziemlich gut“.

Sie erwähnten die „Goldene Stunde“: Wie haben die Behörden während der Wahlperiode kommuniziert?

Über festgelegte Kanäle können manipulierte Informationen direkt an das zuständige Ministerium gemeldet werden. Das Ministerium ist dann verpflichtet, so schnell wie möglich, idealerweise innerhalb von 60 Minuten, eine Gegendarstellung zu verfassen. Wir haben unsere Beamt*innen und Politiker*innen darin geschult, schnell zu reagieren, und die Regierung ist in der Tat sehr reaktionsfähig geworden, insbesondere in Wahlzeiten.

Warum ist es wichtig, schnell zu reagieren?

Wenn Sie innerhalb einer Stunde reagieren, hat das einen Prebunking-Effekt. Die Richtigstellung kommt bei den meisten Menschen schneller an als die manipulierte Information. Eine verzögerte Reaktion hingegen hat nur einen Debunking-Effekt, mit wenig Einfluss auf die öffentliche Meinung. Prebunking ist immer effektiver als Debunking.

Debunking bedeutet, Fehlinformationen zu korrigieren, nachdem sie verbreitet wurden, Prebunking will die Menschen erreichen, ehe sie auf falsche Informationen stoßen. Kann man denn auch noch einen Prebunking-Effekt erreichen, nachdem eine Fehlinformation bereits veröffentlicht wurde?

Ja, vorausgesetzt, es gibt ein wirksames Überwachungssystem und man kann innerhalb von 60 Minuten reagieren. Noch besser ist es allerdings, solche Angriffe zu antizipieren. Ich habe 2022 einen *Deepfake von mir selbst* gemacht, um zu zeigen, was auf uns zukommt und wie wichtig es ist, „immer erst zu überprüfen, bevor man etwas weiterleitet“.



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Ng Han Guan

Bei den Präsidentschaftswahlen 2024 zählen Wahlhelfer*innen in New Taipei City Stimmen aus.

Ein weiteres Instrument, das Taiwan gegen Desinformation einsetzt, ist die Faktencheck-Plattform Cofacts. Das ist ein Chatbot. Menschen können darauf Informationen posten, auf die sie gestoßen sind, und die Faktenprüfungs-Community fragen, ob sie stimmen oder nicht. Wie genau funktioniert das?

Es ist wie Wikipedia für Faktenprüfung. Wenn jemand eine Information überprüfen lassen möchte, kann er sie auf LINE stellen – das ist ein verschlüsselter Nachrichtendienst, der ähnlich wie WhatsApp funktioniert. Diese Meldung wird in eine transparente, gemeinsam gepflegte Datenbank aufgenommen, auf die jeder zugreifen kann. Sie wird nicht von der Regierung betrieben.

Eine Studie der Cornell University von 2023 hat gezeigt, dass Cofacts Anfragen häufig schneller

und meist genauso präzise beantwortet wie professionelle Faktenchecks. Wer sind die Menschen hinter Cofacts?

Cofacts dient als Plattform, die auf Crowdsourcing basiert, aber von zivilgesellschaftlichen Gruppen und professionellen Faktenprüfer*innen wie dem Taiwan Fact Check Center unterstützt wird. Durch Crowdsourcing wird schnell sichtbar, welche Themen sich wahrscheinlich verbreiten werden und daher überprüft werden sollten. Auf diese konzentrieren sich die professionellen Faktencheck-Teams. Aber die Plattform steht jedem offen, und auch Freiwillige spielen eine wichtige Rolle bei der Faktenprüfung. Das Cofacts-Team hat auch ein Sprachmodell trainiert, das schon eingreifen kann, ehe das erste professionelle Team beginnt. Der Chatbot liefert – basierend auf früheren Fällen – eine sofortige Antwort. Er kann zum Beispiel erkennen, ob ein Vorfall einem memetischen Virus ähnelt, das es schon einmal gab und lediglich eine Mutation ist.

Wie erreichen Sie, dass Menschen auch wirklich mitmachen?

Die Mitarbeit an Cofacts gehört zum Medienkompetenztraining, das in Schulen und in unseren Programmen für lebenslanges Lernen, etwa der Erwachsenenbildung, angeboten wird. Schüler*innen bekommen beispielsweise die Aufgabe, während einer Präsidentschaftsdebatte live die Fakten zu überprüfen. Das ist eine wichtige Erfahrung, denn der Prozess der Beurteilung, welche Quellen vertrauenswürdig sind, kann den Verstand „impfen“, die Menschen also resilienter gegen Desinformation und Verschwörungserzählungen machen. Das passiert nicht, wenn man die korrekten Fakten nur vorgesetzt bekommt. Und: Wenn die Schüler*innen dadurch erkennen, dass sie einen Beitrag zur Gesellschaft leisten können, sind sie eher bereit, auch außerhalb der Schule an der gemeinschaftlichen Überprüfung von Fakten mitzuwirken.

2019 hat Taiwan den allgemeinen Lehrplan reformiert. Wie hat es die Faktenprüfung auf den Lehrplan geschafft?

Das Ziel der Medienerziehung ist nicht mehr Medienbildung, sondern Medienkompetenz. Bei Medienbildung geht es darum, wie man als Individuum mit Informationen umgeht. Medienkompetenz bedeutet, zum allgemeinen Verständnis, zur gesellschaftlichen Wahrheitsfindung beitragen zu können. Vor 2019 war das übergreifende Bildungsziel, dass Schüler*innen Standardantworten erfassen und reproduzieren können. Inzwischen ist Künstliche Intelligenz (KI) besser darin, Standardantworten zu geben als Schüler*innen und Lehrkräfte. Wir wollen stattdessen Interaktion und Kreativität fördern. Die Schüler*innen lernen, ihre Neugier zu wecken, mit unterschiedlichen Menschen zu kooperieren und die Zusammenarbeit als eine Win-win-

„Man sollte nicht zulassen, dass Bots in den sozialen Medien ihr Unwesen treiben ... Bots sollten kein Recht auf freie Meinungsäußerung haben.“

Situation zu erleben und nicht als Nullsummenspiel. Auch wenn die KI alles übernimmt, was mit Standardantworten zu tun hat: Diese Werte können nur Menschen anbieten. Sie beruhen auf gegenseitigem Verständnis und Fürsorge.

In der jüngsten PISA-Rangliste der OECD waren die taiwanesischen Schüler*innen in allen drei Kategorien – Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften – unter den besten fünf. Würden Sie sagen, dass die Bildungsreformen erfolgreich waren?

Die PISA-Rangliste zeigt, dass wir bei den MINT-Leistungen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) nichts eingebüßt haben, seitdem wir uns auf staatsbürgerliche Kompetenz fokussieren. Das ist das Beste, was herauskommen konnte. Zugleich haben wir in anderen Bereichen Fortschritte gemacht: In einer internationalen Studie zur politischen Bildung und Demokratiebildung (ICCS) von 2022 belegten taiwanesischen Schüler*innen den ersten Platz bei staatsbürgerlichem Wissen. Gute Ergebnisse hatten sie auch bei bürgerschaftlichem Engagement, Vertrauen in staatliche Institutionen und ihrer Fähigkeit, zu ökologischer Nachhaltigkeit, sozialen Fragen und Menschenrechten beizutragen.

Für Sie persönlich war der Aufstand 2014 ein wichtiges Moment. Damals war das Vertrauen in den Präsidenten sehr gering, ist seitdem aber deutlich gestiegen. Was ist in der Zwischenzeit geschehen?

2014 war ein Wendepunkt. Die Nutzung der sozialen Medien hatte ein Rekordhoch erreicht, die Menschen konnten ihre Meinung online frei äußern. Allerdings spalteten „Engagement durch Wut“-Algorithmen die Gesellschaft. Unser Ansatz bestand darin, den Entscheidungsprozess der Regierung transparent und den Menschen offene Echtzeitdaten verfügbar zu machen. Zudem haben wir Online-Bürgerversammlungen eingeführt, in denen die Menschen



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Chiang Ying-ying

Freiwillige der Gruppe „Fake News Cleaner“ zeigen Schüler*innen in Kaohsiung City im Jahr 2023, wie sie mithilfe der LINE-App Fake News erkennen können.

über wichtige Themen diskutieren und abstimmen konnten. Die Plattform für bürgerschaftliche Zusammenarbeit g0v führt seit 2014 offene Bürger-Konsultationen über Online-Tools und analoge Treffen durch. Wir haben die Vertrauenskrise nicht dadurch überwunden, dass wir die Menschen aufgefordert haben, der Regierung zu vertrauen – sondern indem wir die öffentlichen Stellen ermutigt haben, den Menschen zu vertrauen.

Soziale Medien sind riesige Umschlagplätze für Desinformation. Wie kann man die Verbreitung von Fehlinformationen verhindern?

Erstens sollte man dafür sorgen, dass das Online-Ökosystem eine Komponente zur Faktenprüfung enthält. Zweitens sollte man nicht zulassen, dass Bots in den sozialen Medien ihr Unwesen treiben – Meinungsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, eine unbegrenzte Anzahl von Bots zu erstellen. Bots sollten kein Recht auf freie Meinungsäußerung haben. Deshalb sollte man sicherstellen, dass die Plattformen sichere „Know your customer“-Technologien (KYC) oder digitale Signaturen verwenden, um die Authentizität der Nutzer*innen zu überprüfen. Drittens sollten Social-Media-

Unternehmen für alle Schäden haftbar gemacht werden, die eintreten, wenn sie die Vorschriften nicht einhalten. Wenn etwa eine Social-Media-Plattform in Taiwan Betrügern verbreitet und diese nicht abstellt, obwohl sie gemeldet wurden, haftet die Muttergesellschaft für alle Schäden, die den Nutzer*innen entstehen. So wird sichergestellt, dass das Unternehmen die Last des Schadens teilt. Facebook, YouTube und TikTok haben bereits solide KYC-Verfahren eingeführt. Wir haben auch ein Gesetz entworfen, das eine digitale Authentifizierung für Nutzer*innen sozialer Medien vorschreibt. Soziale Medien polarisieren die Menschen nicht zwangsläufig – es hat damit zu tun, wie Plattformen gestaltet sind.

Wie haben die Bürger*innen auf die Idee eines Gesetzes zur digitalen Authentifizierung reagiert?

Diese Vorschrift wurde bei einer Online-Bürgerversammlung im März 2024 per Crowdsourcing ermittelt. Durch stratifizierte Zufallsstichproben ausgewählte Bürger*innen diskutierten über Informationsintegrität. Es zeigte sich, dass die Menschen eindeutig gegen eine staatlich gelenkte Moderation der Inhalte, aber für eine digitale Authentifizierung waren.

Was empfehlen Sie anderen Ländern, um ihr Informationsökosystem zu verbessern?

Erstens sollten sie einen Breitband-Internetzugang als Menschenrecht betrachten. In Taiwan stellt der „Universal Service Fund“ bidirektionale Breitbandverbindungen zur Verfügung, sogar in ländlichen Gebieten und auf dem Gipfel des Yushan, der fast 4000 Meter hoch ist. Andernfalls würde man sehr viele Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Internet ausschließen. Seit 2019 haben wir ein Bildungssystem, bei dem besonders Schüler*innen, Lehrkräfte und andere Lernende zum Gemeinwohl beitragen. Es ist wichtig, ein Gefühl der Handlungsfähigkeit zu fördern und Menschen zu befähigen, einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Wenn sie hin und wieder etwas falsch machen, ist das nicht schlimm. Wenn sich genügend Menschen beteiligen, gleicht das Ökosystem des Wissens dies meist nach einer Weile aus.

„Soziale Medien polarisieren die Menschen nicht zwangsläufig – es hat damit zu tun, wie Plattformen gestaltet sind.“

Wie sieht es mit Technologien aus?

Je mehr Technologien und Software Open Source sind, desto eher passen die Menschen sie an ihre tatsächlichen Bedürfnisse an. Regierungen können in Public Code investieren, das ist quelloffene Technologie in Verbindung mit einem Verhaltens- und Nutzungskodex. Oder Regierungen bringen Technologie-Begeisterte, die an freien und Open-Source-Inhalten arbeiten, mit Organisator*innen und Pädagog*innen aus der Zivilgesellschaft zusammen. Beide Gruppen teilen dasselbe Ethos, und wenn sie sich gegenseitig stärken, entsteht etwas Wunderbares – eine zivile Technologiegemeinschaft. Open-Source-Infrastruktur ist dann am erfolgreichsten, wenn dahinter eine Offline-Gemeinschaft steht – also Menschen, die sich regelmäßig treffen. Diese persönlichen Begegnungen stärken die bürgerlichen Muskeln, das Vertrauen zwischen den Menschen. Mein wichtigster Ratschlag ist, die auf Gemeindeebene bestehenden Bürgergruppen nicht zu umgehen, sondern sie vielmehr anzupapfen. So können aus informellen Verbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit der Zeit stärkere Bindungen heranwachsen.

Taiwan hat viel Anerkennung für seinen Umgang mit Desinformationen über das Coronavirus bekommen. Eine Strategie bestand darin, Fehlinformationen mit Hilfe von Memes zu entlarven. Wie kann Humor helfen, Desinformation zu bekämpfen?

Humor war entscheidend für unseren erfolgreichen Kampf gegen Corona. Er hat ein „ungewöhnliches Terrain“ geschaffen und statt zu polarisieren die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gefördert. Während der ersten Welle im Jahr 2020 gab es widersprüchliche Informationen über die Wirksamkeit von Masken. Einige behaupteten, dass „wir durch SARS die Erfahrung gemacht haben, dass nur die hochwertigste Maske, die N95, sinnvoll sei“, während andere behaupteten, dass „es schade, eine Maske zu tragen“. Als die Wissenschaft noch keine genauen Kenntnisse hatte, wurde die Debatte dadurch polarisierend. Wir reagierten darauf mit einer öffentlichen Bekanntmachung, in der eine süße Shiba-Inu-Hündin ihre Pfote an den Mund hält und sagt: „Tragt eine Maske, um euch gegenseitig daran zu erinnern, eure ungewaschenen, schmutzigen Hände von eurem Gesicht fernzuhalten.“ Dieser humorvolle Ansatz funktionierte, weil er das Thema neu aufzog. Statt auf die polarisierende Masken-Debatte einzugehen, lenkte das Meme die Aufmerksamkeit auf die Handhygiene – ein wenig polarisierendes Thema, auf das sich alle einigen konnten.

Zudem schuf es gemeinsame Erfahrungen: Menschen, die über die Shiba-Inu-Botschaft lachten, verbanden sich emotional miteinander auf eine Weise, die über ihre ideologischen Differenzen zum Thema Masken hinausging. Damit soll aber nichts bagatellisiert werden – natürlich ist ein Virus eine sehr ernste Sache, aber wir wollen es auf eine Weise ernst nehmen, die die Gesellschaft widerstandsfähiger machen kann.

Die Wirkung war messbar. Wir überprüften den Leitungswasserverbrauch und stellten fest, dass nach der Kampagne mehr verbraucht worden war. Humor ermöglichte es den Menschen, trotz anfänglicher Meinungsverschiedenheiten oder ideologischer Differenzen konstruktiv zu reagieren und sich in der Krise zu vereinen statt zu spalten. Das illustriert Taiwans breit angelegte „Humor statt Gerüchte“-Strategie, die Witz und gemeinsames Lachen nutzt, um Brücken zu bauen und gleichzeitig ernste Probleme der öffentlichen Gesundheit anzugehen.



AUDREY TANG

ist Cyber-Botschafterin und ehemalige Ministerin für Digitales von Taiwan.

audreyt@audreyt.org

plurality.net



E+Z jetzt auch als App!

Mit unserer neuen App haben
Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download: dandc.eu/de/app

